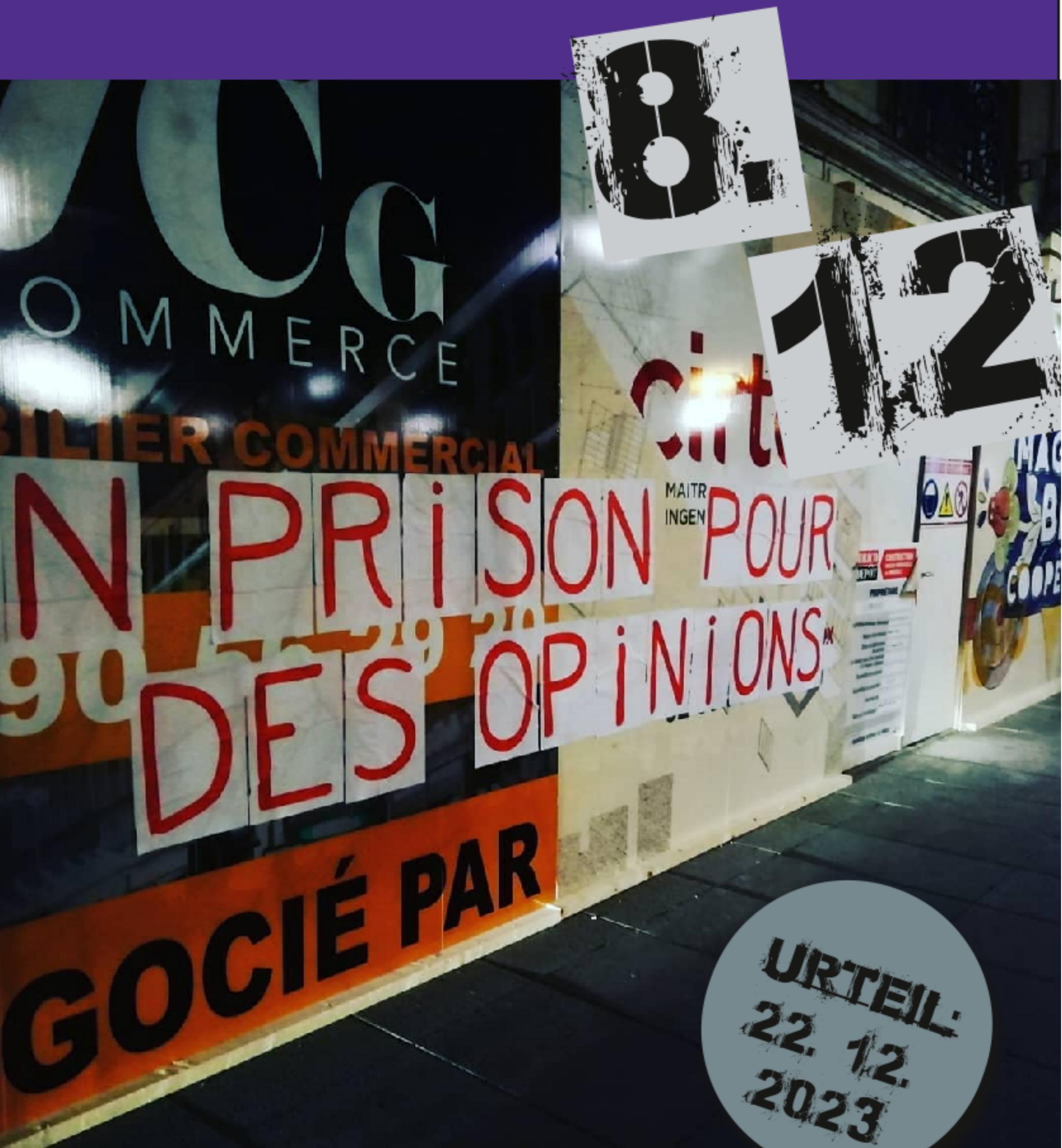


DER FALL VOM



WEGEN DER MEINUNG IN DEN KNAST...

Inhaltsverzeichnis

<i>Was ist die Affäre des 8. Dezember?</i>	2
- <i>die vermeintlichen Fakten</i>	3
- <i>Unterbindungsgewahrsam und Weiße Folter</i>	8
- <i>aufgeladene Ermittlung</i>	9
- <i>zurück zum Dezember 2020</i>	12
- <i>Hintergrund zu Rojava</i>	23
- <i>Kriminalisierung von internationalistischen Freiwilligen</i> ...	25
- <i>Warum betrifft das auch euch?</i>	31
<i>Chronologie des Falls</i>	35
- <i>der DGSI spitzelt bei Libre Flot</i>	35
- <i>vorbereitende Ermittlung</i>	36
- <i>gerichtliche Ermittlung</i>	36
- <i>Festnahmen und Haft</i>	37
- <i>Ende der Ermittlungen</i>	44
- <i>Prozessvorbereitung</i>	45
- <i>Aufruf für eine feministische Mobilisierung</i>	48
<i>Prozess</i>	56
- <i>Analyse: Ein politischer Prozess gegen die Linke von Unten</i> .	60
- <i>Plädoyer der PNAT - Strafmaß</i>	63
- <i>Plädoyer der Verteidigung</i>	75
<i>Weitere Beiträge zum Prozessabschluss</i>	82
- <i>Gedicht von Manu</i>	82
- <i>Kommuniqué des Komitees aus Toulouse</i>	84
- <i>Rede der Mütter der Angeklagten</i>	88
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	89

Einleitung

*Diese Broschüre fügt verschiedene Infos und Texte von Soli-Komitees und Unterstützer*innen der Angeklagten vom 08. Dezember 2020 in Frankreich zusammen. Der Prozess dieses politisch sehr brisanten Falles fand drei Jahre nach den Verhaftungen im Oktober 2023 statt. Anders als zunächst vorgesehen, wurde das Urteil noch nicht am Ende des Prozesses verhängt, sondern die Verkündung*

auf den 22. Dezember 2023

verschoben. Nach all den erlittenen Strapazen der letzten Jahre, die nicht nur die Angeklagten, sondern deren komplettes Umfeld betrifft, kann es sein, dass einige trotz der erstunken-und-erlogenen Beweislage wieder in den Knast müssen.

Mehr Infos zu Soli-Aktionen und dem Fall findet ihr in verschiedenen Sprachen auf:

**solidaritytodecember8.
wordpress.com**



MINISTÈRE *de l'*AJUSTICE

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

WAS IST DIE "AFFÄRE DES 8. DEZEMBER"?

•Die so genannte "Affäre des 8. Dezember" ist eine "anti-Terror"-Operation des französischen Innenministeriums gegen linke Aktivist*innen. Sie werden als "ultra-linke Aktivist*innen" bezeichnet und angeklagt, eine "kriminelle terroristische Vereinigung" gebildet zu haben.

Der französische Geheimdienst DGSI nahm mit Hilfe militarisierter Polizeieinheiten (GAO, RAID) neun Menschen fest. Sie fühlen sich allgemein dem "anti-autoritären" Spektrum zugehörig, waren aber in unterschiedlichen politischen Bereichen und verschiedenen Regionen aktiv: manche von ihnen...

...unterstützten Geflüchtetenfamilien,
...waren Teil von autonom-kollektiven Projekten auf dem Land
...leisteten Opfern staatlich finanzierter Morde Beistand
...besetzten Räume für politische Aktivitäten und Kultur von unten
...beschäftigten sich mit Ökologie und Tierbefreiung
...waren in die Zones A Défendre (ZAD) involviert
...in der Punk-Szene
...kämpften feministisch etc.

Diese neun Menschen kannten sich gar nicht alle. Manche hatten sich nur ein einziges Mal in ihrem Leben (während der Ausgangssperren zur Corona-Zeit) gesehen. Aber alle hatten einen gemeinsamen Bekannten, der seit seiner Rückkehr aus Rojava 2018, wo er sich am Kampf gegen den IS beteiligt hatte, ins Visier des DGSI geraten war.



DIE VERMEINTLICHEN "FAKTEN":

Obwohl sie zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung in unterschiedlichen Regionen lebten, behauptet der DGSI "unspezifische Vorhaben von Angriffen gegen Ordnungskräfte" vereitelt zu haben. Diese Verdächtigungen wurden tagelang in den Medien als Gewissheit wiedergegeben.

Indes weisen die Angeklagten, ihre Verwandten und Anwält*innen diese Anschuldigungen zurück, denn sie gründen sich lediglich auf "zügellosen Spekulationen".

Den Beschuldigten werden verschiedene "materielle Elemente" vorgeworfen, die verschiedene Menschen betreffen und einen Zeitraum von lediglich 2 Monaten umfassen: Waffenbesitz, Herstellung von Feuerwerk, Softair-Spielen und die Nutzung von Anbietern sicherer Kommunikation.

Diese "Fakten" sind entweder völlig legal, oder aber Vergehen, die unter die gewöhnliche Gerichtsbarkeit fallen. Die Angeklagten sind bereit, sich diesen Konsequenzen zu stellen.

Aber DGSI und Justizministerium tun alles in ihrer Macht stehende, um einen "terroristischen" Anschein zu erwecken.

Zu diesem Zweck werden alle anderen Aktivitäten der Angeklagten, die nicht zu diesen Bezeichnungen passen (ihre beruflichen, aktivistischen oder familiären Projekte) unter den Teppich gekehrt. Beim Eindringen in ihre Privatleben wurden nur die "belastenden" Bestandteile herausgefiltert.

Eine beschuldigte Person bezeugt:

"Dieser Fall besteht aus einer Zusammensetzung verschiedener Teilstücke, die nichts miteinander zu tun haben. Daraus einen Fall zu machen, funktioniert nur dadurch, dass sie aus dem Kontext gerissen und anders zusammengebastelt werden."

Zum Waffenbesitz:

Ein paar Waffen wurden während der Ermittlung beschlagnahmt. Es handelt sich dabei um nicht funktionstüchtige Sammlerstücke oder Jagdwaffen, die vier Angeklagten (oder ihren Familien) zugeordnet werden. Nicht ansatzweise vergleichbar etwa mit den Arsenalen, die im Juni 2022 in Alsace oder November 2021 in Eure bei Neo-Nazis und Militärs gefunden wurden, ohne dass die so genannte "Nationale Staatsanwaltschaft für Terrorismusbekämpfung" (PNAT) Interesse daran gezeigt hätte.

Zwei der angeklagten GenossInnen waren Mitglied im Schützenverein und hatten eine Jaqdlizenz auf Selbstversorgungs-Basis. Dass sie diesen Sport ausübten,

war kein Geheimnis - sie unterhielten sich darüber am Telefon. Auch der Betreiber des Schützenvereins zeigte sich verblüfft, als er von den Verhaftungen hörte. Die Waffen in ihrem Besitz waren, abgesehen von einer Schrotflinte, nur zum Gebrauch im Schützenverein geeignet, da sie bei der Jagd auf Tiere keine tödliche Wirkung hätten. Eine weitere angeklagte Person besaß Gewehre, die nur beim Dreh von Musikvideos genutzt wurden und daher fast nie eingesetzt worden waren.

Vier gefundene Waffen waren illegal (das ist ein Verstoß gegen das allgemeine Gesetz): eine abgesägte Schrotflinte und drei Gewehre. Erstere war in Libre Flots Zuhause aufbewahrt worden. Er hatte sie vor Jahren auf dem Flohmarkt erstanden, um sich mit Zielübungen schon mal auf seinen Aufenthalt in Rojava vorzubereiten.

Die Gewehre, die einer weiteren angeklagten Person zugeordnet werden, waren einige Jahre zuvor für die Jagd und zum Vertreiben von Schädlingen angeschafft worden. Eines dieser Gewehre wurde für ein Musik-Video verwendet, da es dem Stil der 30er-Jahre entspricht. In beiden Fällen gab es sehr geringe Mengen oder gar keine zugehörige Munition.

Herstellung von Feuerwerkskörpern:

Im Laufe der Ermittlungen wurden zu zwei Gelegenheiten Feuerwerkskörper hergestellt. Eine davon war ein Wiedertreffen zweier Angeklagter. Nach vielen Jahren auf getrennten Wegen verbrachten sie ein gemeinsames Wochenende. Einer der beiden ist von Beruf Sprengstoff-Experte mit dem Schwerpunkt Spezialeffekte. Dabei wurde eine sehr kleine Menge hergestellt und kein Vorrat aufbewahrt.

Die zweite Gelegenheit, ein paar Wochen später, ergab sich während der Corona-Ausgangssperren. Einige der Angeklagten fanden

sich für drei Wochen auf einem weiträumigen kollektiven Hofprojekt auf dem Lande ein. Eines Nachmittags wurde ein Rezept aus dem Internet für Acetonperoxid¹ ausprobiert, um Zeit totzuschlagen (und keine Menschen!). Schließlich gelang es, eine geringe Menge zu erzeugen (das war gar nicht leicht!) und der Boller wurde im Wald entzündet. Die meisten der Angeklagten haben das erste Mal eine Explosion erlebt und ihnen gefiel diese Erfahrung nicht sonderlich. Nachdem ihre Neugier gestillt worden war, wurden bis zu den Verhaftungen (8 Monate später!) keine weiteren Versuche gestartet.

Der Besitz, die Herstellung und der Transport explosiven Materials ist ein strafbarer Verstoß gegen allgemeines Gesetz. Auch an dieser Stelle ist es ein Prozess von Absicht und Meinung, der es dem Justizsystem erst ermöglicht, diese Ereignisse als "Terrorismus" zu bezeichnen.

Softair.Spiele:

Drei der sieben Angeklagten spielten gelegentlich das Schieß-Simulationsspiel "Softair". Dieser Sport wird mit "Nachbildungen", also Plastikpistolen gespielt, die kleine Kügelchen verschießen. Dies ist eine vollkommen legale Tätigkeit. Und dennoch werden die Angeklagten dafür beschuldigt, zwei Mal Softair



¹ APEX oder TATP (Triacetontriperoxid) = explosiver Stoff.

gespielt zu haben. Der DGSJ betrachtet dies als paramilitärisches Training und behauptet auch hier, dass Libre Flot das Spiel genutzt habe, um seine Freund*innen im Guerillakampf auszubilden. Das führt zu der Frage: welche legale Praxis wird auf einmal illegal, wenn jemand eine Kriegserfahrung gemacht hat?

Mittel der sicheren Kommunikation:

La Quadrature du Net² hat aufgezeigt, wie der DGSJ die gewöhnliche Ausübung digitaler Selbstverteidigung als "klandestines Verhalten" und eine "Kultur der Heimlichkeit" umdeutet. Dies solle auf die angeblichen terroristischen Absichten der Angeklagten hinweisen. Das führte in der Welt der Netzpolitik zu einem internationalen Aufschrei. Es ist dieselbe Art von paranoiden Schlussfolgerungen, die auf jeglicher Ebene des Falls beobachtet werden kann. Die vorverurteilende Schuldvermutung erreicht hier schwindelerregende Ausmaße.

Die Nutzung von WhatsApp, Signal, Tails, Tor, eOS, Jitsi, Telegram, u.a. werden dabei mit vor-terroristischem Verhalten gleichgesetzt. Die Angeklagten werden auch dafür belangt, "sich zu weigern, Passwörter für die Entschlüsselung herauszugeben". Dies wurde im Gesetz vom 3. Juni 2016 zur "Stärkung des Kampfes gegen organisiertes Verbrechen, Terrorismus und ihre Finanzierung" als strafbare Handlung deklariert.³ Dieses Vergehen untergräbt das Grundrecht, sich nicht selbst zu belasten (das Recht zu Schweigen).

UNTERBINDUNGSGEWAHRSAM (UND WEISSE FOLTER)

Diese vorbeugenden Festnahmen führten in fünf Fällen zu Präventivhaft unter extremen Bedingungen. Die Dauer der Inhaftierungen reichte von 4,5 Monaten als DPS (Häftlinge unter Sonderbedingungen) bis zu 16 Monaten in Isolationshaft (die erst durch einen zermürbenden Hungerstreik beendet wurde).

Etliche "anti-terroristische" Maßnahmen wurden auf gesetzeswidrigem Wege gegen die Angeklagten vollstreckt. Dazu gehören die 16 Monate, in denen Libre Flot in Isolationshaft gehalten wurde und die unablässigen Leibesvisitationen, denen Camille unterzogen wurde. Kürzlich wurde der Staat (zaghaft) für einen Teil dieser vernichtenden Gewalt verurteilt.

Unterstützungskomitees, Verwandte und Anwält*innen haben die Anwendung von Isolationshaft mehrmals als "weiße Folter" angeprangert. Im Verlauf der Haft hat Libre Flot immer wieder auf die Auswirkungen der Isolationshaft auf seine Gesundheit hingewiesen. Während er bekundete, unter massivem Gedächtnisschwund, Konzentrationsstörungen, chronischer Migräne usw. zu leiden, setzte der verantwortliche

Untersuchungsrichter (wissentlich) die Verhöre fort. Damit nutzte er diese Situation auf sadistische Weise aus.

Im April 2022 ließ sich der Richter dazu herab, ihn mit elektronischer Fußfessel "aus medizinischen Gründen" zu entlassen - nach 36 Tagen Hungerstreik, einem internationalen Tag der Mobilisierung und Presseartikeln, die seine Entlassung forderten. Bis heute

**RAIRE DU 8
LE CHIFFREMENT
COMMUNICATION
ASSIMILÉ À UN
COMPORTEMENT
TERRORISTE**

(eineinhalb Jahre nach der Isolation) halten die Beschwerden an.

AUFGELADENE ERMITTLUNG

Die ernannten Untersuchungsrichter machten das Ganze von vornherein zu einer persönlichen Angelegenheit. Sie begegnen den Angeklagten ab dem ersten Zusammentreffen mit spürbarem Hass. Er wird mit gereiztem Umgangston, geringschätzigen Kommentaren und Klassenverachtung untermalt und zeugt von einer subjektiven Annäherung, die von niederen Instinkten geleitet wird. Diese Herangehensweise wird abgesichert von der unantastbaren "Geheimhaltung des Palastes", dem alten Gesetz der juristischen omertà⁴ welches diktiert: "was hinter vorgehaltener Hand gesagt wird, bleibt inoffiziell".

Zusätzlich zum Freiheitsentzug wurde die Verteidigung der Angeklagten deutlich dadurch beeinträchtigt, dass ihnen der Zugang zu ihren eigenen Akten verweigert wurde. Die Angeklagte, die als erste aus dem Knast entlassen wurde, musste noch vor ein Berufungsgericht ziehen, um schlussendlich das Recht auf Akteneinsicht zu erhalten.

Sinn und Zweck dieser behindernden Maßnahmen war, es der Verteidigung zu verunmöglichen, Anträge auf Nichtigkeit⁵ innerhalb der gesetzlichen Frist zu stellen - diese beträgt 6 Monate nach der Festnahme. Denn um sich einen Überblick verschaffen und sich wirksam verteidigen zu können, werden natürlich zunächst Informationen benötigt. Der besagten Angeklagten wurde die Akteneinsicht erst drei Wochen vor Ablauf der Frist gestattet. Es blieb also wenig Zeit, um gemeinsam mit den Anwalt*innen die Akten zu überprüfen und die Rechtmäßigkeit verschiedener Bestandteile anzufechten. Letzten Endes wurden übrigens sämtliche gestellten Anträge abgelehnt.

Anfang September 2021 gab es einen offenen Brief von "Familien, Freund*innen und Angeklagten" an den Untersuchungsrichter, in dem die Methoden des DGSI verurteilt wurden. Außerdem wurde die Freilassung der letzten Angeklagten gefordert - ohne Ergebnis.

Libre Flot berichtete auch vom ungeheuerlichen Verhalten des Untersuchungsrichters Jean-Marc Herbaut in dessen Büro. Es kam zu Wutausbrüchen, Beleidigungen und so weiter. In Libre Flots Erklärung zum Hungerstreik benennt er:

"dieselben peinigenden Methoden wie die des DGSI: er manipuliert, verfälscht, reißt die Dinge aus dem Zusammenhang, lässt andere weg und erfindet Worte und Fakten, immer darauf bedacht, die Antworten zu beeinflussen."

Trotz all dieses Aufwands, das Unbeweisbare nachzuweisen, war der Untersuchungsrichter zumindest gezwungen, dann doch zuzugeben: "es gab keinen unmittelbaren Plan einer Aktion." Die ursprünglichen "unspezifischen" Vorhaben, Ordnungskräfte oder auch die Armee anzugreifen, zersetzen sich endgültig im Treibsand der politischen Anschuldigungen. Der Fall, der als "Strafsache" begann, schrumpfte nun zu "minderen Delikten". Es gibt kein Projekt! Da sich die Staatsanwaltschaft aber weigert, endgültig unterzugehen, klammert sie sich an die an den Halm der jüngeren islamophoben Rechtssprechung.

Ohne Vorbehalte schreibt Jean-Marc Herbaut in den Vorlagebeschluss:

"Die Beteiligung an der Gruppierung oder Absprache allein ist strafbar, ohne dass eine Mitwirkung an den Verbrechen oder deren Vorbereitung nachgewiesen werden muss. Ebenso wenig muss eine

genaue und konkrete Kenntnis des von der Gruppe angezettelten Plans nachgewiesen werden."

Als kleine Zusammenfassung: es gibt keine organisierte Gruppe, keine Vorbereitung von Aktionen (weder kriminellen noch Sabotageaktionen), weder eine politische Übereinkunft noch eine Ausrichtung auf den Untergrund - und trotzdem schuldig?! Die Denkweise einiger Staatsanwält*innen hat das Recht eindeutig in trübe Gewässer verschifft...

Der DGSI und die PNAT haben keinerlei Skrupel, auf die verlogenensten Verschwörungstheorien zurückzugreifen, um über die gähnende Leere in ihren Akten hinwegzutäuschen. Es muss noch erwähnt werden, dass es der erste ultra-linke Fall für die neu gegründete PNAT ist, von dem sie auch deshalb nicht ablassen will. Die Institution ließ auch regelmäßig Informationen zur radikalen Rechten und rechten Medien durchsickern.



Ein Artikel in Le Figaro vermengte Libre Flots Biografie mit der eines anderen internationalistischen Aktivisten und wurde nur nach einer Androhung rechtlicher Schritte abgeändert. Auf den investigativen Artikel von La Quadrature du Net über die Gleichsetzung von Verschlüsselung mit terroristischem Verhalten, beteuerten Vertreter*innen der PNAT bei einer Konferenz zu digitalen Fragen: "es wird eine Reaktion in der Presse geben." Diese kam dann auch ein paar Wochen später: auf France Info wurde ein Artikel veröffentlicht, der sich erneut auf Libre Flot stürzte und Waffen und Sprengstoff in dessen Auto unterstellte,

die es nie gegeben hatte.

ZURÜCK ZUM DEZEMBER 2020...

Bis heute fragen sich die Angeklagten, ihre Anwält*innen und Unterstützer*innen, warum sie am 8. Dezember verhaftet wurden. Die Angeklagten wohnten in verschiedenen Regionen und hatten unterschiedliche Lebenspläne und aktivistische Engagements. Acht Monate nach den Ereignissen, derer sie angeklagt wurden, war offensichtlich, dass keine Gruppe oder Organisation existierte, die irgendwelche gewaltsame Aktionen vorgehabt hätte.

Also, warum dieser Fall?

Zuschlagen gegen Kritik an Polizeigewalt.

Wenn die politischen und medialen Verlautbarungen nach den Festnahmen einmal näher betrachtet werden, fällt es nicht schwer zu verstehen, warum Darmanin⁶ die Gelegenheit am Schopfe packte (da der DGSI dem Innenministerium unterstellt ist, war er schon viele Monate lang über die Entwicklung dieses Falles im Bilde). Unsere GenossInnen wurden als Figuren zur medialen Inszenierung benutzt, um einem ideologischen Projekt zu dienen: dem Vormarsch des Faschismus.

Im Juni 2020, kurz nach dem Lockdown, hatte die BlackLivesMatter-Bewegung in Frankreich einen Höhepunkt erreicht. Es gelang ihr eine historische Mobilisierung vor dem Neuen Justizpalast. Das Problem von Polizeimorden und staatlichem Rassismus war in aller Munde. Sogar die Gerichte bescheinigten dem Staat "grobe Fahrlässigkeit" bei Fällen von Polizeigewalt, der Europarat



verurteilte Frankreich für Polizeigewalt gegen Journalist*innen. Das Video rassistischer Misshandlungen Michel Zeclers lief über jeden Bildschirm, zwei Wochen vor den Festnahmen am 8. Dezember. Open-air Raves wurden gewaltsam

von der Polizei zerschlagen und der Umgang mit der Gesundheitskrise führte zu beträchtlichem Zähneknirschen.

Die Regierung reagierte eilends mit verschärften Sicherheitsmaßnahmen und verabschiedete zwei besonders bedenkliche Gesetze: Das Separatismusgesetz und das Gesetz zur Globalen Sicherheit. Dem wachsenden Unmut entgegnete die Regierung immer wieder "es gibt keine Polizeigewalt" und "wir werden gegen Schurken hart durchgreifen". Es war an der Zeit, einen medialen Ausweg zu finden.

Was würde sich da besser eignen, um die Aufmerksamkeit abzulenken, als das alte Märchen von Demonstrierenden, die Polizeibeamte töten könnten - ohne irgendwelche Fakten - und allgemein, von der Polizei in ständiger Todesgefahr? Welchen besseren Weg gäbe es, um Kritik abzuwürgen?

Also brachten die Behörden diese unverhofften Festnahmen auf den Weg. "Unspezifische Vorhaben gewalttätiger Aktionen", angeblich gegen "Polizeibeamte und die Armee", "brutale ultralinke Aktivisten bereiteten einen Angriff vor" und so weiter und so fort. Von Darmanin über Laurent Nunez⁷ bis Eric Ciotti⁸ applaudierte die Rechte durch die Bank weg den Verhaftungen vom

8. Dezember. Die beteiligten militarisierten Polizei-Teams erhielten Beförderungen.

Um diese beunruhigenden Märchen zu illustrieren, strahlten die Massenmedien Bilder von "Randalierern" aus, obwohl die Angeklagten gar nicht für Beteiligung an Protesten belangt wurden. Die PNAT (oder der DGSI) ließ auch keine Zeit verstreichen, bevor sie Informationen zum Fall an LePoint weitergab, unter anderem Fotos von drei Angeklagten.

Autoritäre Gesetze und wiederum Sicherheitswahn

Die Affäre vom 8. Dezember findet vor dem Hintergrund kriminalisierter Kämpfe statt. Der Vorwurf der kriminellen Vereinigung wird als Werkzeug politischer Repression genutzt, während gleichzeitig ein Aufstieg der extremen Rechten in einer vorfaschistischen Atmosphäre zu verzeichnen ist. Seit 2015, und mehr noch innerhalb der letzten zwei Jahre, ist der autoritäre Wandel der aufeinanderfolgenden Regierungen äußerst besorgniserregend.

Während Repression gewaltsamer wird, wird gleichzeitig die "Gewalt" politischer Gegner*innen übertrieben und dämonisiert. Dadurch wird es möglich, immer neue Repressionswellen und Sicherheitsgesetze zu rechtfertigen. Es ist ein recht leicht vorhersehbarer Prozess, in demzukünftige Polizeimorde legitimiert werden. Dieselben Mechanismen können bei jeglicher Staatsgewalt (Gefängnis, Justiz, Polizei) beobachtet werden.

Es fing damit an, dass Muslime und Migrant*innen kriminalisiert wurden, was wiederum dazu führte, dass eine gesamte Community

wahllos ins Visier geriet und mit Repression überzogen wurde (Moscheen und Schulen wurden geschlossen, das CCIF und Barakacity aufgelöst, tausende "Anti-Terror" Razzien im luftleeren Raum durchgeführt, etc.) Nun wird das Ganze auf alle sozialen Protestbewegungen, militante und antifaschistische Organisationen ausgeweitet.

In nur wenigen Monaten wurden die links-libertären Organisationen GALE und Bloc Lorrain⁹ aufgelöst, die pro-palästinensischen Gruppen Collectif Palestine Vaincra und Comité Action Palestine konnten dem bisher nur durch Klage bei einem übergeordneten Gericht entgehen. Auch Les Soulèvements de la Terre¹⁰ wurden aufgelöst, weitere Versuche wurden gegen Nantes Révoltée¹¹ und Defcol angestrebt.

Die Werkzeuge behördlicher Repression (die in den Zuständigkeitsbereich der inneren Sicherheit - und somit des Innenministeriums fällt) werden auch gegen Aktivist*innen eingesetzt. Das äußert sich dann in Gebietsverboten, Einweisung in Abschiebeknäste (CRA), umfassender Überwachung, Hausarresten. Heute erkennen wir, wie die Justiz (sogar die so genannte "ordentliche Gerichtsbarkeit") immer mehr militarisiert wird. Gemeinsam mit Institutionen der Anti-Terror-Polizei werden vermeintliche Aufrührer willkürlich beseitigt.

Werfen wir einen Blick auf die jüngsten gesetzlichen Maßnahmen, die zur Unterdrückung jeglichen Zweifels an der bestehenden Ordnung verwendet werden:

⁹ Bloc Lorrain war eine ökologische antikapitalistische Organisation, die sich an der Bewegung der Gelbwesten beteiligte und unter anderem Essensverteilungen organisierte.

¹⁰ = "Kollektiv der aufständigen Erde", Innenminister Darmanin bezeichnete sie als "Ökoterroren" und löste die Organisation am 21. Juni 2023 offiziell auf.

¹¹ Eine lokale Medienseite, die auch eine Zeitung herausgibt. Soll zu einer Demonstration "gegen Staat und Polizei" aufgerufen haben und geriet deshalb in Darmanins Visier.

A) SILT-Gesetz (30. Oktober 2017)

Das "Gesetz zur Stärkung der inneren Sicherheit und den Kampf gegen den Terrorismus"¹² wurde als eine Ausweitung des Ausnahmezustands verabschiedet. Der Ausnahmezustand wurde vom damaligen Präsidenten Hollande infolge der Anschläge auf das Bataclan-Theater angeordnet. Das SILT-Gesetz trat am 01. November 2017 in Kraft. Damit wurde im Namen des "Kampfes gegen den Terrorismus" der Polizei im allgemeinen Recht eine Bandbreite von behördlichen Maßnahmen zugestanden.

Der Ausnahmezustand wurde dauerhaft mit...

- "Schutzonen" im öffentlichen Raum
- der behördlichen Schließung von religiösen Orten
- individuellen Maßnahmen zur administrativen Kontrolle und Überwachung, sogenannte "MICAS" (vereinfachen die
- Erteilung von Hausarrest und Reiseverboten)
- behördlichen Hausdurchsuchungen, die als "Hausbesuche" bekannt sind (ohne Durchsuchungsbeschluss, mit Antiterrorpolizei, willkürlichen Beschlagnahmungen usw.)

Dieses Gesetz beseitigt viele Kontrollebenen, die eigentlich dazu gedacht waren, die Bevölkerung vor der Regierung zu schützen. Es verleiht der Verwaltungsmacht dauerhaft weitreichende und besonders autoritäre Vorrechte, ohne eine gerichtliche Aufsicht. Damit wird Frankreich zum Polizeistaat.

Es ist nun erlaubt, dass Zwangsmaßnahmen auf keiner anderen Grundlage als einer Vermutung der Polizei

durchgeführt werden. Damit verbunden ist die massenweise Wiederkehr der "weißen Notizen"¹³. Repression benötigt nicht länger Beweise oder die faktische Mitwirkung an einer Straftat, noch Einzelheiten über die genannten Beweggründe.

Darüber hinaus vermehrt das Gesetz die Macht der Geheimdienste, indem es Massenüberwachung zur Alltäglichkeit macht und mehr Befugnisse zur Grenzkontrolle gestattet.

B) Gesetz vom 30. Juli 2021

Im Sommerloch präsentierte die Regierung das Gesetz "über die Prävention von Terrorakten und den Nachrichtendienst". Es bedeutet eine nochmalige Verlängerung von befristeten Sicherheitsmaßnahmen im SILT-Gesetz.

Deren Notwendigkeit, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit konnten zwar nicht nachgewiesen werden. Dafür wird aber in Medien und Politik ständig über die "terroristische Gefahr" gesprochen.

C) Darmanin-Erlasse (4. Dezember 2020)

Diese drei Erlasse, die vom Innenministerium hervorgebracht wurden, sind darauf ausgelegt, die Befugnisse zur Datenspeicherung für Polizei, Nationalgendarmerie¹⁴ und behördliche Ermittlungen auszuweiten.

¹³ Eine "weiße Note" (note blanche) ist eine Notiz, die von den Geheimdiensten ohne Erwähnung seiner Herkunft, des Dienstes, aus dem sie stammt, oder aus dem Namen des Beamten, der sie geschrieben hat, ausgestellt hat. [vgl. <https://isabelleattard.fr/notes-blanches-lobscure-surveillance-des-francais/>]

¹⁴ Polizeitruppe, die dem Verteidigungsministerium, zugleich dem Innenministerium unterstellt ist

Ursprünglich verfolgte die Verordnung zur öffentlichen Sicherheitsprävention (PASP und GIPASP) "Personen, die sich wahrscheinlich an terroristischen Aktivitäten oder an kollektiven Gewaltaktionen beteiligen könnten".

Diese ohnein schon sehr dehnbare Formulierung, erlaubt es, bereits Personen die "radikalisiertes Verhalten" aufweisen, einzubeziehen. Oder auch Menschen, die an "illegalen Demonstrationen" oder "an gewalttätigen Handlungen oder Vandalismus bei Sportveranstaltungen" teilgenommen hätten.



Die neueren Erlasse weiten nun den Umfang von Inhalt und Zielgruppen nochmals wesentlich aus. Nach ihrer Bekanntgabehaben die Behörden nun freie Hand bei der Speicherung von Daten über juristische Personen oder Gruppierungen wie Vereine, militante Kollektive oder Gewerkschaften.



Außerdem ermöglichen es die Erlasse den Polizei- und Geheimdiensten, "politische Meinungen, philosophische und religiöse Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie Gesundheitsdaten, die auf eine besondere Gefährlichkeit hinweisen" zu sammeln, und ebenen damit den weiteren Weg für die politische Säuberung, die schon im Gange ist.

Diese Dekrete dehnen die Anwendungsbereiche von Überwachung auf Gefahren "für die Sicherheit des Staates" und "Unversehrtheit des Hoheitsgebiets oder der Institutionen der Republik" aus. Abgesehen davon, dass sich mit dem Wort "Gefahr" eines komplett schwammigen Begriffs bedient wird, geht es für die Geheimdienste nicht mehr nur darum, Verbrechen zu verhindern, sondern um die Unterbindung von allem was keinen Respekt für staatliche Organe ausdrückt.



Damit passiert eine Bedeutungsverschiebung, die erreicht, dass die Behörden in erheblich größerem Umfang Daten speichern und Überwachungsmaßnahmen durchführen können. Ziel des Ganzen ist es, jegliche politische Opposition zu kriminalisieren und auszuschalten. Die Gesetze sind also ein ernstzunehmender Schritt in Richtung Autoritarismus. Zudem erlauben sie den Geheimdiensten, auf alle Bereiche sozialen Protestes zuzugreifen.



D) Gesetz der Globalen Sicherheit (April 2021)

Nach den Vorschlägen für das "Gesetz der Globalen Sicherheit" (LSG) vom November 2020 hastete die Nationalversammlung geradezu durch die Eingaben. Am 20. Oktober 2020 eingebracht, gelangt es in nur knapp einem

Monat vom Gesetzausschuss zur Abstimmung in erster Lesung. Und das, obwohl der parlamentarische Terminkalender doch bereits überfüllt war. Das Gesetz erweitert die Möglichkeiten für eine allgemeine und unterschiedslose Überwachung aller in Frankreich lebenden Personen.

Es bestimmt auch das polizeiliche Vorgehen nach dem militaristischen Konzept des "Sicherheits-Kontinuums" neu. Das heißt, alle repressiven und reaktionären Akteure (von der Armee bis zum wachsamem Nachbarn) sollen aufeinander abgestimmt und in die gemeinsame Dynamik einbezogen werden.

Die wesentlichen Bestimmungen sind:

- Übertragung von Befugnissen der Kriminalpolizei auf die Gemeindepolizei (untersteht nur eine*r Bürgermeister*in, nicht der Justizbehörde).
- Erweiterte Genehmigungen zur Videoüberwachung: auf Gemeindepolizei, Gemeindebeamte, die polizeiliche Aufgaben übernehmen und einige Beamte des Verwaltungsbezirks.
- Übersendung von Bildern der Polizei-/Gendarmerie-Kameras aus der Fußgängerzone als Live-Stream in die Kommandozentrale - mit optionaler Gesichtserkennung.
- Zulassung der Bildaufnahme durch Drohnen - mit optionaler Gesichtserkennung.
- Verbot der Ausstrahlung von Bildern von Polizist*innen oder Gendarmen im Einsatz = Artikel 24 des Gesetzes. Er war Anlass für eine breite Protestwelle, wurde dann vom Verfassungsrat rückgängig gemacht, bevor er wiederum teilweise in dem einige Wochen danach verabschiedeten

‘Separatismusgesetz’ neu aufgesetzt wurde.

- Abschaffung der Strafmilderungen für Gefangene, die wegen Gewalt gegen Regierungsbeamte für schuldig befunden wurden
- Erlaubnis für Ordnungskräfte, im öffentlichen Raum Waffen zu tragen.
- Ausweitung der Befugnisse privater Sicherheits- und Überwachungsunternehmen.

Während der Begutachtung des Gesetzes gab es zahlreiche Demonstrationen dagegen. Organisationen wie der CNCDH, dem UN-Menschenrechtsrat, dem Büro der UN Hohen Kommissarin für Menschenrechte, dem Europarat, der Rechtsverteidigerin (DDD), die Europäische Kommission, die Anwaltskammer (Conseil des Barreaux) und weitere verurteilten den Gesetzestext.

Daraufhin wurde nur Artikel 24 gestrichen. Danach wurde er in leicht abgeänderter Form durch Artikel 18 im ‘Separatismusgesetz’ einige Wochen später wieder eingeführt.

E) Separatismusgesetz (August 2021)

Die Grundzüge des ‘Separatismusgesetzes’, das Respekt für die Prinzipien der Republik erhärten soll, wurden gemeinsam mit dem LSG Anfang Oktober 2020 enthüllt. Am 09. Dezember 2020 wurde es dem Ministerrat vorgelegt. Die Regierung setzte auch hier ein beschleunigtes Verfahren für die Prüfung des Textes in der Nationalversammlung in Gang.

Es ist ein rassistisches und islamfeindliches Gesetz, das

Folgendes vorsieht:

- Ausweitung der Antiterror-Karteeien.
- politische Kontrolle von Vereinen über den "Vertrag zum Einsatz für die Republik"¹⁵.
- Festlegung der Straftat "Gefährdung des Lebens anderer durch Verbreitung von Informationen über das Privat-, Familien- oder Berufsleben" (Artikel 18). Dabei wurde sich der Mord an Samuel Paty¹⁶ zunutze gemacht, um die Verbreitung von Bildern von Polizeigewalt und CopWatching kriminalisieren zu können.
- Strengere Kontrolle von Heimunterricht, Privatschulen und Sportverbänden.
- verstärkte Kontrolle von Kultstätten.
- Ausdehnung des Anwendungsbereichs automatisierter "Strafdateien über terroristische Vergehen" (FIJAIT).

Seit das Gesetz in Kraft trat, wurde es zunächst zur Auflösung von muslimischen Organisationen angewendet. Hiernach wurde in derselben Manier auch gegen antifaschistische, antirassistische und Öko-Aktivist*innen vorgegangen.

Es war insbesondere dieses Gesetz, das die rechtliche Grundlage für die Auflösung der GALE, des Bloc Lorrain, des Collectif Palestine Vaincra, des Comité Action Palestine sowie den Auflösungsversuch des Mediums Nantes Révoltée bot.

15 Contrat d'engagement républicain

16 Der Lehrer wurde am 16.10.2020 im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine auf offener Straße von einem islamistisch motivierten 18-Jährigen enthauptet.

HINTERGRUND ZU ROJAVA

Um die Anti-Terror-Operation vom 8. Dezember 2020 zu verstehen, müssen wir in der Zeit zum Januar 2014 zurückgehen, als in Rojava die Autonomie ausgerufen wurden. Rojava ist der syrische Teil Kurdistans. Die Kurd*innen sind die weltgrößte staatenlose Bevölkerungsgruppe und erheben Anspruch auf das Gebiet. Die PYD (Partei der Demokratischen Union), die der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) nahesteht, übernahm die Kontrolle über die Region und kündigte am 9. Januar 2014 die Errichtung einer autonomen Verwaltung an, die sich am demokratischen Konföderalismus orientiere. Die Verfassung von Rojava wurde am 29. Januar 2014 verabschiedet.

2015 erfährt die Revolution in Rojava in den westlichen Ländern eine beispiellose Medienpräsenz. Zahlreiche internationale Stellungnahmen (unterzeichnet von den bekanntesten linken Persönlichkeiten) riefen dazu auf, diese aufkeimende Utopie mit allen Kräften zu unterstützen. Etwa 30 Menschen aus Frankreich folgten dem Aufruf aus Rojava, "den Frieden zu schützen, indem sie an der Verteidigung gegen den IS und die türkische Armee teilnehmen". Das gefiel dem französischen Staat so gar nicht, da er enge Verbindungen zum türkischen Diktator Erdogan - vor allem in der NATO - unterhält.

In Frankreich zeigte sich rasch, wie wichtig Rojava ist, als 2015 Charlie Hebdo von Anschlägen heimgesucht wurde. Die Kurd*innen standen vor Ort bei der Bekämpfung des IS an vorderster Front. Die Internationale Koalition (und die westlichen Medien) rühmten sie damals für ihren Einsatz.

Das demokratische Modell steht den autoritären Bestrebungen des IS entgegen. Das multi-ethnische Konzept (kurdisch, arabisch, assyrisch) macht gewaltsamen Spaltungen und Vorhaben anhand von

Identitäts-Zugehörigkeiten einen Strich durch die Rechnung. Die ökologische Zielsetzung beruht auf Wiederaufforstung und Ernährungsautonomie und soll dazu beitragen, die Ernährungsunsicherheit und die Abhängigkeit von den Weltmärkten zu verringern. Ihr feministisches und nach Gleichberechtigung strebendes Erbe steuert den abscheulichen Auswirkungen des Patriarchats entgegen. Kurzum: Sie trotzten an vorderster Front der Ausbreitung des IS, aber auch anderer autoritärer und militaristischer Regime, die sich auf den Islam stützen (Iran, Türkei). Somit hat sich ihr Modell als radikale Opposition herausgebildet und sie haben sich als unübertroffen effektiv im Kampf gegen den Terrorismus erwiesen.

Trotz einer feindlichen Atmosphäre in der Region (von der Türkei geplante Versteppung, Armut, Erdbeben, Kriegsfolgen, ständige bewaffnete Auseinandersetzungen, Terrorismus usw.) stellte dieses Modell eine Quelle der Hoffnung und Inspiration für Millionen von Kommunist*innen, Sozialist*innen, Anarchist*innen, Feminist*innen und Umweltschützer*innen auf der ganzen Welt dar.

Rojava
**SOLIDARITÉ
INTERNATIONALE**

**AVEC LES
INCULPÉ.
DU 8
DÉCEMB**

KRIMINALISIERUNG VON INTERNATIONALISTISCHEN FREIWILLIGEN

In diesem Zusammenhang reisten Hunderte von Menschen nach Rojava, unter ihnen etwa 30 Menschen aus Frankreich. Einige von ihnen waren eindeutig rechtsextrem und ihr Ziel war "Muslime umbringen". Andere, vor allem ehemalige Soldaten, erklärten, sie seien unpolitisch und nur am bewaffneten Kampf gegen den Terrorismus interessiert. Und schließlich gingen auch linke Genoss*innen dorthin. Sie empfanden es als eine Ehre, an einer solchen sozialen Revolution teilzunehmen zu dürfen. Libre Flot ist einer von ihnen. Er verbrachte einige Monate dort und hatte eine kurze Erfahrung an der Front: bei der Befreiung von Raqqa.

Das "Kollektiv französischsprachiger Freiwilliger in Rojava" (CCFR) erklärte:

"Unser Genosse war in Syrien und hat sich am Kampf gegen den IS beteiligt. Im Jahr 2017 trug er zur Befreiung der Hauptstadt der radikalislamischen Gruppe, Raqqa, bei. Raqqa ist ebenjene Stadt, in der die Anschläge auf Paris geplant und die meisten Attentäter ausgebildet wurden. Dass es in Frankreich seit Jahren keine größeren Anschläge mehr gegeben hat, ist der Befreiung Raqqas zu verdanken, an der unser Genosse unter Einsatz seines Lebens teilgenommen hat. Als er in Syrien kämpfte, trug er also direkt zur Sicherheit in Frankreich bei. Es wurde sorgfältig darauf geachtet, dass dies im Medienspektakel keinerlei Erwähnung findet. Wie sollte es auch in die Erzählung der Anklage passen, dass der Beschuldigte viel mehr für den Kampf gegen den Terrorismus eingesetzt hat als die Polizei, Staatsanwält*innen und Journalist*innen, die ihn heute beschuldigen, ein "ultralinker Terrorist" zu sein?"



Libre Flot ist nicht der einzige internationalistische Freiwillige, der nach seiner Rückkehr nach Europa ins Visier genommen wurde. Trotz ihres Beitrags zum Kampf gegen den Terror betrachtete der DGSI linke Freiwillige sofort als Bedrohung, während andere nicht mal beachtet wurden.

Auch dazu erklärt das CCFR:

"Der

Unte

DGSI etablierte sofort eine Unterscheidung in die "schlechten" Freiwilligen, die sich einer revolutionären Ideologie anhängig fühlten und die "guten" Freiwilligen, ehemalige Soldaten oder unpolitische, letztere wurden bei ihrer Rückreise nach Frankreich meist nicht einmal befragt. Diejenigen, die als mögliche "Ultra-Linke" bestimmt wurden, wurden systematisch als fiche S¹⁷ klassifiziert und aktiver Überwachung unterzogen - ihre Schuld betraf lediglich eine abweichende Meinung. Verhaftungen am Flughafen, Drohgebärden in Form paternalistischer Ratschläge, Druck auf die Familien - viele von uns haben mehr oder weniger verschleierte Einschüchterungsversuche der Sicherheitsdienste erlebt."

Eine repressive Strategie gegenüber pro-kurdischem Internationalismus ist überall in Europa zu beobachten: Im Dezember 2021 wurde die spanische Aktivistin Maria aus Deutschland abgeschoben und mit einem 20-jährigen Einreiseverbot belegt, da sie "ihre Anwesenheit in Deutschland einzig und allein dazu nutzen würde, um an politischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der internationalen kurdischen Befreiungsbewegung teilzunehmen" und ihre Fähigkeiten (in Kommunikationstechnologien und der kurdischen Sprache) es ihr ermöglichen würden, "ein Netzwerk aufzubauen und somit als Verbindung zwischen der radikalen Linken in Deutschland und der kurdischen Befreiungsbewegung zu dienen", so eine Erklärung des Komitees Solidarität mit Maria!

Am 14. April 2023 fand in Sion (Schweiz) der Prozess gegen einen internationalistischen Aktivist*innen statt, der wegen "Angriff auf die Verteidigungskraft des Landes" und "Militärdienst im Ausland" angeklagt wurde, weil er sich in Rojava aufgehalten hatte.

Die Rote Hilfe sagte dazu:

"In

der Akte benennt der Nachrichtendienst des Bundes mehrmals seine Zugehörigkeit zur extremen Linken und sein politisches Engagement. Dies ist ein Versuch, revolutionäre Aktivist*innen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen."



In England wurden Genoss*innen ihre Pässe entzogen und Einreiseverbote in den Schengen-Raum ausgesprochen. In Italien durchliefen mehrere AktivistInnen langwierige Gerichtsverfahren, weil sie in die Region gereist waren.



Als André Hébert sich 2016 auf seine Rückkehr nach Rojava vorbereitete, wurden ihm vom Geheimdienst DGSI willkürlich sein Reisepass und sein Personalausweis entzogen, mit der Begründung, er könne "schwere Störungen der öffentlichen Ordnung" verursachen und seine

militärische Erfahrung "bei Angriffen auf französische Interessen in Verbindung mit der revolutionären Ultralinken" einsetzen.

Diese Verunglimpfung und Schikane wird auch einigen linksgerichteten Medien wie Médiapart unterstützt.

DasCCFR hierzu:

"Diese

vollkommen abstrusen

Anschul digungen wurden einige Monate später vom Pariser Verwaltungsgericht verworfen. Das Innenministerium war daraufhin gezwungen, ihm seine Ausweispapiere zurückzugeben und Schadenersatz zu zahlen. Trotz dieses juristischen Sieges wussten wir, dass der DGSI uns im Auge behalten würde und zu allem bereit war - auch zu haltlosen Anschuldigungen, um uns in die Form zu pressen, die sie sich für uns ausgedacht hatten: die von gefährlichen ultra-linken Veteranen, die die Gewalt des Syrien-Konflikts mit nach Hause bringen wollten."

UNTERDRÜCKUNG DER KURDISCHEN DIASPORA



Frankreich blickt auf eine lange Geschichte der Unterdrückung kurdischer Menschen zurück. Die kurdische Diaspora wurde seit der Gründung der PKK im Jahr 1978 ununterbrochen zum Angriffsziel für Anti-Terror-Gesetze. Auflösungen kurdischer Kulturvereine, Festnahme von 200 Personen, die später alle freigesprochen wurden, Komplizenschaft mit dem türkischen Geheimdienst bei der Ermordung von KurdInnen in Paris (2013 und 2022), und so weiter.

2013 wurden in Paris drei kurdische Aktivistinnen von türkischen

Geheimdienstoffizieren ermordet: Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Şeylemez.

Am 23. März 2021 fanden in Frankreich die umfassendsten Durchsuchungsaktionen gegen kurdische Aktionsnetzwerke der letzten zehn Jahre statt: 13 Personen wurden vom DGSI festgenommen, ihre Wohnungen und der Sitz des kurdischen Vereins in Marseille wurden gewaltsam durchsucht. Insgesamt wurden mehr als 800 Mitglieder der kurdischen Gemeinschaft vom DGSI befragt – so viele wie noch nie zuvor. 11 angebliche Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurden zuletzt am Freitag, den 14. April 2023, schwer verurteilt.

In einem Kommuniqué internationalistischer Freund*innen aus Marseille heißt es dazu, dass sich Macron und Erdogan einige Tage zuvor ausgetauscht hatten. Zusätzlich hatte auch ein Treffen zwischen den Außenministern beider Länder am Rande des Europäischen Rates zur internationalen Geopolitik stattgefunden.

Diese Repression wird durch ein geopolitisches Gleichgewicht zwischen der Türkei und der Europäischen Union ermöglicht. Auch letztere stuft die wichtigste Selbstverteidigungsorganisation des kurdischen Volkes (die PKK) als terroristische Organisation ein. Der Europäische Gerichtshof erklärte, dass das kurdische Volk sich nicht mit Waffen verteidigen dürfe. Das ist eine Entscheidung, die untragbarer nicht sein könnte für ein Volk, das auch heute noch an vorderster Front gegen IslamistInnen kämpft und keine andere Wahl hat als Waffen zu gebrauchen, um die fortwährende Kolonisierung seines angestammten Territoriums zu überleben.



DAS FASCHISTISCHE REGIME IN DER TÜRKEI

Die Türkei ist NATO-Mitglied, ein mächtiger, privilegierter und unverzichtbarer Partner. Die Türkei ist auch ein Staat, dessen Politik von einer völkermörderischen Ideologie verbunden mit dem Islam bestimmt wird. Die Türkei leistet nachweislich Unterstützung für Islamisten.

Ihr politisches Projekt ist es, das eigene Territorium anhand von religiösen und ethnischen Linien zu säubern. Der türkische Staat hat sich des Genozids am armenischen Volk und zahlreicher Massenmorde an Kurd*innen und Ezid*innen schuldig gemacht.

Seither hat die türkische Anti-Terror-Gesetzgebung ihre Befugnisse sorgsam ausgebaut: zuerst gegen die kurdischen Guerillas, dann gegen kurdische Menschen im Allgemeinen und schließlich gegen jegliche linke Oppositionspartei. Sie verübte massive und tyrannische politische Säuberungen und schreckte auch nicht vor dem Verbot der größten linken Partei des Landes (der HDP) und der Inhaftierung tausender ihrer Mitglieder zurück. Die Reaktion der europäischen Linken blieb weit hinter dem zurück, was notwendig gewesen wäre.

Die Türkei ist auch ein Land, das LGBTQI*-Menschen offiziell als "degeneriert" betrachtet und gleichzeitig Milliarden Euro von der Europäischen Union erhält, um "die Einwanderung zu bekämpfen" (eine Investition, bei der es unmilitärische (und nicht humanitäre) Ausstattung geht).



Die Beispiele für Staatsterror in der Türkei sind ausführlich dokumentiert, aber zu zahlreich, um sie hier wiederzugeben. Der Westen ist absolut mitschuldig am Völkermord an den Kurd*innen, der vor Allem durch die Aufsetzung des Vertrags von Lausanne vor 100 Jahren und dann die militärische Zusammenarbeit in der NATO verwirklicht werden konnte.

WARUM BETRIFFT DAS AUCH EUCH?

JE MEHR DIE REGIERUNGEN ANGEZWEIFELT WERDEN, JE MEHR DIE ZUSTIMMUNG FÜR DIE ALLTAGSPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN SCHWINDET - UND SIE SCHWINDET VON JAHR ZU JAHR - DESTO MEHR WERDEN DIE REGIERUNGEN AUF DEN AUSNAHMEZUSTAND UND DEN SOGENANNTEN KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS ZURÜCKGREIFEN, UM DIE ORDNUNG AUFRECHTZUERHALTEN UND DIE IMMER FOLGERICHTIGER WERDENDEN REVOLTEN IM KEIM ZU ERSTICKEN.

Was jede*r Revolutionär*in über Terrorismusbekämpfung wissen sollte. - die Angeklagten von Tarnac -

Der
2020

Meilenstein

Repression. Menschen wurden für die - angebliche - Verbindung zu einer sogenannten "ultralinken" Ideologie oder internationalen Bewegungen eingesperrt. Da keine ausgeprägte Solidaritätswelle folgte, konnte Darmanin freimütig weiter den Weg für die Gleichsetzung von politischen Gegnern mit Terrorismus ebnen. Autoritäre Experimente werden immer auf dem Rücken von Minderheiten oder Sündenböcken ausgetragen. Die Vervollkommnung der repressiven Werkzeuge zur Unterdrückung einer Gruppe

Fall vom 8. Dezember
kennzeichnet einen

in Sachen Militarisierung von

erschafft den Spielraum zur Repression von weiteren Gruppen.

Das Gesetz von 1936 über die Auflösung rechtsextremer Verbände ist heute das deutlichste Beispiel dafür. Das Gesetz wurde geschaffen, um den Faschismus zu bekämpfen - jedoch wurde es innerhalb weniger Jahre gegen die antikolonialen Bewegungen genutzt. Ein weiteres Beispiel: Zur Einführung der DNA-Erfassung wurde als Argument der Kampf gegen Pädokriminalität verwendet - nur um es dann auf alle Demonstrierenden auszuweiten. Desselben Arguments wird sich auch heute für die Überwachung der Telefone von EU-Bürger*innen bedient.

2

Im Bereich der Terrorismusbekämpfung hat die Phase nach 2015 die Einschränkung der Grundfreiheiten ermöglicht, und das auch noch in einem beispiellosen Tempo. Die Rechtsprechung zur "terroristischen Vereinigung von Straftätern" ist wahnwitzig. Es scheint dabei alles und jedes erlaubt zu sein:

➔ Umkehr der Beweislast (nicht mehr die Staatsanwaltschaft muss beweisen, was dir vorgeworfen wird, sondern du musst beweisen, dass es nicht stimmt),

➔ präventive Repression (du wirst verhaftet, bevor du überhaupt etwas getan hast),

➔ Schuldvermutung (du wirst bestraft, bevor du überhaupt vor Gericht stehst), etc.

3

Niemand im linken Lager kann ein Interesse daran haben, dass es sich im Gesetz und der öffentlichen Meinung durchsetzt, dass Aktivist*innen, die sich in sozialen Bewegungen und ökologischen Kämpfen engagieren, Terror zugeschrieben wird. Wenn die politischen Ansichten der angeklagten Genoss*innen kriminalisiert werden, geht es eigentlich darum, die Idee von Revolution selbst als eine terroristische Bedrohung zu beschreiben. Die Angeklagten von Tarnac haben bereits darauf aufmerksam gemacht, dass die sehr vage gesetzliche Definition von Terrorismus es möglich macht, alle Menschen darunter zu fassen,

die einen revolutionären Prozess bilden würden.

4 Die Sicherheitsstrategie läuft darauf hinaus, jedlichen Aktivismus strafbar zu machen. Wer das Gesetz übertritt, wird als kriminell betitelt, um Aktionen zu entpolitisieren. Dies ist eine neue Entwicklung. Vor einigen Jahrzehnten wurden politische Aktionen noch als solche anerkannt. Nun bezeichnet das Stigma des Anti-Terrorismus radikalen Aktivismus als eine "Bedrohung für die innere Sicherheit" und hebt damit die laufenden Entwicklungen auf die nächste Stufe. Damit wird es ganz leicht, einfache Sachbeschädigung mit einem militärischen Aufgebot zu verfolgen (wie wir gerade bei den *Soulèvements de la Terre* gesehen haben, aber auch andere Genossen waren schon von solchen Operationen (angeführt von der SDAT) betroffen, wie zum Beispiel Ivan, die Angeklagten vom 15. Juni in Limousin usw.)

5 Fortschreitende administrative Repression (darunter politische Verfahren und Schnellverfahren) ist sehr gefährlich. Es gibt unzählige Geschehnisse, die als Verwaltungsmaßnahmen gelten: Abschiebungen, Hausarrest, Gebietsverbote, MICAS und weitere. Aktivist*innen aus Nachbarländern wurden kürzlich in Abschiebeknäste (CRA) geworfen. Diese Maßnahmen ermöglichen es, Aktivist*innen nur auf Grundlage von "Notizen" (notes blanches) des Innenministeriums zu bedrängen.

6 Noch vor ein paar Jahren wäre das Belangen von Aktivist*innen, nur weil sie möglicherweise mal daran gedacht haben könnten, eines Tages eine Aktion zu organisieren, Stoff der Dystopie gewesen. Noch vor 40 Jahren wurden selbst gewaltsame Aktionen in den Medien weniger reißerisch dargestellt. Anschuldigungen einzig und allein auf Geheimdienstnotizen zu gründen, ist gravierend. Aussagen dieser Dienste werden von Geheimhaltung gedeckelt. Sie können freimütig

lügen und das war schon immer Teil der Vorgehensweise von Geheimdiensten. Die Tatsache, dass das Justizsystem den Faktor der Geheimhaltung solcher Anschuldigungen nicht berücksichtigt, obwohl die Angeklagten in der Lage sind, Lügen, Manipulationen und Erfindungen des DGSI sorgfältig aufzuzeigen, ist sehr beunruhigend für die Zukunft der sozialen Kämpfe in Frankreich.

7 Es herrscht gegenwärtig die Fehlannahme in militanten Kreisen, dass außerordentliche Maßnahmen wie im Rahmen von An ti-Terrorismus nur "wirklich" finstere Gestalten betreffen würden. Diese Annahme zeugt von einem Unverständnis der Dynamik, die sich ständig weiterschraubt: Der Militarisierung des Staates. Die Bevölkerung konform zu halten ist für das reibungslose Funktionieren eines Militärregimes unerlässlich. In diesem Regime gibt es keinen Platz für eine Opposition (sei sie politisch oder religiös). Das kleinste Sandkorn im Getriebe wird zur Bedrohung.

8 Der DGSI hat es auch auf Journalist*innen und Gewerkschafter*innen abgesehen. So wurden Mitglieder des C GT-EDF vom DGSI verhaftet und wie Kriminelle behandelt. Sie wurden im Zusammenhang mit einem Arbeitsstreik für Cyberkriminalität angeklagt. Auch Journalist*innen werden vom DGSI verfolgt, wenn sie beispielsweise Informationen über geopolitische Interessen Frankreichs enthüllen. Im Jahr 2018 führten Enthüllungen über die Verwendung von Waffen, die Frankreich im Jemen-Krieg verkauft hatte, zu Einschüchterungen, die von vielen Journalist*innen als "Angriffe auf die Informationsfreiheit" angeprangert wurden.

Mit der Darstellung von erfundenen Verschwörungen,
versinkt Frankreich heute immer tiefer im
Sumpf der autoritären Regime.

MEHR DENN JE MUESSEN
 WIR UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN,
 WENN EMANZIPATORISCHE POLITISCHE
 IDEEN UND POLITISCHER AKTIVISMUS
 JURISTISCH BEKÄMPFT WERDEN.
 SIE WOLLEN UNS TERRORISIEREN, DOCH WIR
 WERDEN DAS VERHINDERN!
 SOLIDARITÄT MIT ALLEN BETROFFENEN
 VON REPRESSION!



CHRONOLOGIE DES FALLS

DER DGSI SPITZELT BEI LIBRE FLOT

Die Überwachung unseres Freundes Libre Flot wurde veranlasst, sobald er aus Rojava wiederkehrte. Dasselbe passiert vielen internationalistischen Freiwilligen:

"Ein Genosse, der in Südamerika im Urlaub war, wurde beschuldigt, versucht zu haben, mit einer kolumbianischen Guerilla-Gruppe Kontakt aufzunehmen. Ein anderer, der sich in den ZAD aufhielt, soll angeblich eine Leuchtrakete auf einen Hubschrauber der Gendarmerie abgefeuert haben. Auch Beschädigungen von Telefonantennen, Vélib-Stationen¹⁸ oder Polizeiautos wurden mit uns in Verbindung gebracht. Diese völlig realitätsfremden Angstfabeln bestätigten, was wir bereits wussten: Bis das Innenministerium den idealen Übeltäter gefunden hätte, würde es nicht aufhören, uns zu verteufeln."

2018 - 2020

2018 - 2020

Es gibt starke Hinweise darauf, dass Libre Flot schon zu diesem Zeitpunkt von mehreren nachrichtendienstlichen Abhörmethoden betroffen war: zumindest die Geolokalisierung und das Abhören seines Wohnfahrzeugs.

VORBEREITENDE ERMITTLUNGEN

07. FEBRUAR BIS 20. APRIL 2020

Am 7. Februar 2020 packt der DGSI das Gebräu aus "geheimen" Anschuldigungen in einem "Verrechtlichungs-Bericht" aus, der an die PNAT weitergeleitet wird. Die letzte liebt "weiße Noten" (notes blanches) und stürzt sich sofort darauf. Noch am selben Tag greift Benjamin CHAMBRE (1. Vize-Staatsanwalt) den Fall auf und beantragt bei einem Haftrichter (JLD¹⁹) den Einsatz der durchdringendsten Überwachungsmethoden. Diese werden von der Justizministerin Anne-Clémence COSTA sofort bewilligt.

Mikrofone in einem bewohnten Lastwagen, abgefangene Telefongespräche, Geolokalisierung in Echtzeit, IMSI-Catching, Beschattungen usw. wurden allesamt angewendet.

In diesen zwei Monaten sammelte der DGSI Informationen, die dazu herhielten, eine gerichtliche Ermittlung zu erwirken.

GERICHTLICHE ERMITTLUNG

Viel passiert nicht, die Überwachung läuft, die Beschuldigten leben ihr Leben getrennt voneinander.

APRIL - DEZEMBER 2020

FESTNAHMEN UND HAFT

Um 6 Uhr morgens stürzten sich verschiedene Elite-Einheiten unter der Leitung des DGSI (GAO, RAID) gleichzeitig auf neun Menschen in verschiedenen Regionen

Frankreichs: Toulouse, Rennes, Vitry-sur-Seine, Cubjac (Dordogne) und Plestin-les-grèves (Finistère). Die Türen wurden eingetreten, dutzende hochgerüstete und vermummte Robocops stürmten in jedes Haus. Auch Sprengstoffexperten und die Hundestaffel waren dabei.

Die Hausdurchsuchungen dauerten den ganzen Tag lang, bei einigen Angeklagten

bis zu 12 Stunden am Stück. Unter Einsatz von Erniedrigung und Gewalt wurden die Hausdurchsuchungen dann auch bei den Familien der Verhafteten vorgenommen.

Die neun festgenommenen Personen werden auf unterschiedliche Weise zu den Zellen des DGSI in Levallois-Perret gebracht: Einige werden in einer Zwangsjacke und mit einer Kapuze über dem Kopf im Auto abtransportiert; eine wird in Handschellen und mit einer undurchsichtigen Skimaske über den Augen im Zug verschleppt; wieder andere in Handschellen mit einem Flugzeug. Bei dieser groß angelegten Aktion wurde nicht an Mitteln und Ressourcen gespart.

08.
DEZEMBER
2020



08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

Es folgten vier Tage in Polizeigewahrsam mit zahlreichen Vernehmungen. Drohungen, Unterstellungen, Manipulationen, Schlaf- und Nahrungsentzug, Umwandlung und Auslassung von Aussagen der Verhörten (die die Glaubwürdigkeit des DGSI-Szenarios infragestellen würden) in den Protokollen. Manchen der Befragten wurden außerhalb des Protokolls Lügen erzählt, um ihre Antworten zu beeinflussen und der Anklage Material zu liefern.

Zwei Menschen wurden nach dem Polizeigewahrsam ohne Anklage freigelassen, die anderen sieben angeklagt und vor den Anti-Terror-Ermittlungsrichter Jean-Marc Herbaut gebracht.

Zwei von ihnen wurden unter richterliche Beobachtung gestellt und die anderen fünf wurden am 11. Dezember 2020 in fünf verschiedene Gefängnisse in der Region Île-de-France unter dem Status DPS (détenu-e particulièrement signalé - Häftling unter besonderen Bedingungen) gebracht. Einer von ihnen wurde in völliger Isolationshaft gehalten.

08.
FEBRUAR
2021

Erneute Festnahmen um 6 Uhr morgens bei zwei Personen in Ustaritz (Euskal Herri) und Festalemps (Dordogne) durch das RAID auf Anweisung des DGSI. Bei einer der beiden

Personen wird die Tür ihres Studios aufgesprengt. Sie wird mit Waffen bedroht, mit Handschellen an ihr Bett gefesselt und dann für drei Tage in den Polizeigewahrsam gebracht. Danach werden beide ohne Anklageerhebung freigelassen.

MAERZ
2021

Die Isolationshaft von Libre Flot wird um drei Monate verlängert.

Der Untersuchungsrichter Jean-Marc Herbaut ordnet eine Ausnahmegenehmigung an, die dem DGSI freie

Hand gibt, um das gesamte Umfeld der Angeklagten (Familie, befreundete Menschen, Kolleg*innen usw.) zu vernehmen. Diese Ausnahmeregelung endete erst im November 2022, nach Beendigung der Ermittlungen.

Nach einer weiteren Anhörung vor dem Untersuchungsrichter wird der Antrag auf Entlassung für zwei Angeklagte

23.
APRIL 2021

angenommen, die zu diesem Zeitpunkt in der Frauenhaftanstalt Fleury-Mérogis und im Osny-Gefängnis inhaftiert waren.

Sie wurden unter strenger richterlicher Kontrolle entlassen. Sie verbrachten über vier Monate unter dem DPS-Status hinter Gittern, wobei eine von ihnen mehrere Wochen lang in völliger Isolation (kein Kontakt zu anderen Insassinnen) lebte.

Die Anträge auf Entlassung der anderen noch inhaftierten Angeklagten wurden abgelehnt. Auch ein Antrag beim Pariser Berufungsgericht wird abgelehnt. Es befinden sich immer noch drei Angeklagte im Gefängnis.

Libre Flots Isolationshaft wird nochmals um drei Monate verlängert, trotz zunehmender psychischer und physischer Folgen.

JUNI
2021

Libre Flots Isolationshaft wird nochmals um drei Monate verlängert.

Eine weitere Verhaftung: Eine Person wird bei ihrer Rückkehr nach Frankreich nach mehreren Monaten im Ausland festgenommen. Obwohl sie mehrfach verdeutlichte, zu einer Vernehmung beim DGSI und dem

SEPT
EMBER
2021

08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

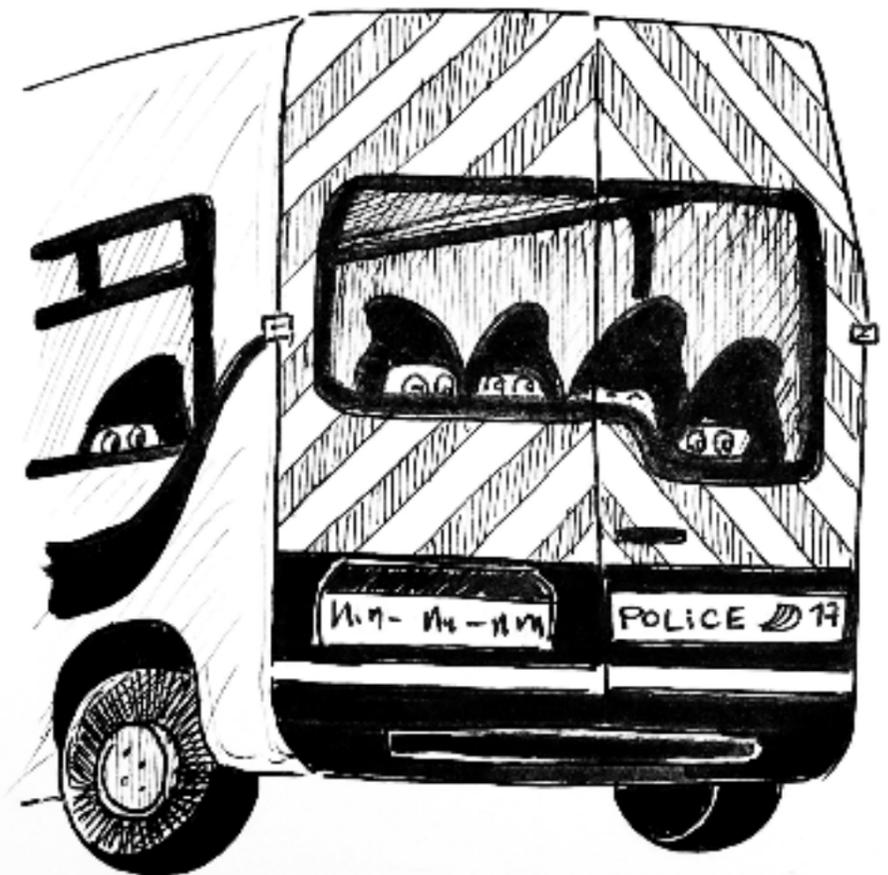
Untersuchungsrichter bereit zu sein, wird sie bei ihrer Ankunft am Flughafen festgenommen und verbringt zwei Tage in Polizeigewahrsam beim DGSI, bevor sie ohne Anklage freigelassen wird.

15.
OKTOBER
2021

Dem Antrag auf Entlassung eines Angeklagten, der sich noch hinter Gittern befindet, wird stattgegeben. Er wird unter strenger richterlicher Kontrolle (Arbeitszwang, Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf eine einzelne Region, zweimal pro Woche Meldung auf der Polizeiwache) entlassen. Nur noch zwei hinter Schloss und Riegel!

Die "Nationale Staatsanwaltschaft für Terrorismusbekämpfung" (PNAT) legt Berufung gegen die Entscheidung des Richters ein, auf deren Grundlage ein Angeklagter fünf Tage zuvor aus dem Gefängnis entlassen

worden war. Am 27. Oktober 2021 wird im Pariser Berufungsgericht entschieden, ob er doch wieder in den Knast soll oder die Entlassung aufrechterhalten wird. Das Berufungsgericht bestätigt die Entscheidung des Richters, er bleibt "auf freiem Fuß"!



Der in Fleury-Mérogis inhaftierte Angeklagte wird unter strenger richterlicher Kontrolle (wöchentliche persönliche Meldung, monatliche Termine beim SPIP und Psychiater, Reisebeschränkung auf drei Regionen im Pariser Großraum) vom Gewahrsam befreit. Die PNAT legt diesmal keine Berufung ein...

05.
NOVEMBER
2021

Justizminister Eric Dupont-Moretti verlängert die Isolationshaft des letzten Angeklagten (Libre Flot) hinter Gittern. Nach 12 Monaten Isolationshaft wird die Entscheidung der Verlängerung an den Justizminister übergeben. Libre Flots Zustand wird immer kritischer.

Rückgabe der Nichtigkeitsakte, die von den Anwälten einige Monate zuvor eingereicht worden war. Alle bemängelten Nichtigkeiten (die Unverhältnismäßigkeit des Einsatzes von Überwachungsmethoden, Fehler in den Protokollen und andere Machenschaften...) werden kategorisch abgelehnt.

DEZ
EMBER
2021

Libres Antrag auf Entlassung wird abgelehnt, obwohl ein Gutachten von zwei verschiedenen Abteilungen der Strafvollzugsbehörde für Eingliederung und Bewährungshilfe (SPIP) bestätigt, dass eine Entlassung mit elektronischer Fußfessel umsetzbar wäre.

27.
FEBRUAR
2022

Er tritt in den Hungerstreik und erklärt seine Forderungen, die auch in einem Text²⁰ veröffentlicht werden. Täglich versendet er weiterhin Anträge auf Entlassung aus dem Gefängnis.

08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

²⁰ Lesbar hier: https://solidaritytodecember8.files.wordpress.com/2022/03/why_i_am_on_hunger_strike_27feb2022_eng-1.pdf

08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

MAERZ
2022

Dupont-Moretti verlängert die
Isolationsbedingungen, während sich
Libre Flot im Hungerstreik
befindet.



24.
MAERZ
2022

Nach 25 Tagen Hungerstreik wird Libre Flot ins
Gefängnis Krankenhaus von Fresnes
eingeliefert. Er selbst hatte die
Krankenhauseinweisung als
erforderlich erachtet, um direkten Zugang zu Ärzt*innen
und medizinischer Versorgung zu haben.
Einige Tage danach erfuhren seine Anwälte, dass
zeitgleich mit der Einweisung ins Krankenhaus die
Isolationsbedingungen aufgehoben wurden. Trotz dessen
ist es ihm nicht erlaubt, einen Spaziergang zu machen,
denn dafür ist er nun zu schwach. Zusätzlich erhielt er
die Genehmigung, mit einer seiner Mitangeklagten zu
kommunizieren.
Dies beendete seinen Hungerstreik jedoch nicht, da
dieser auf der einzigsten Forderung - dem Ende seiner
Inhaftierung - gründete. Sein Gesundheitszustand wird
kritisch: Er hat 16 Kilo abgenommen und benötigt
lebenserhaltende Maßnahmen.

Es wird

ein internationaler Tag zur Unterstützung von Libre Flot organisiert:

Zahlreiche Kundgebungen finden innerhalb Frankreichs (Lille, Albi, Paris, Toulouse, Limoges, Straßburg, Rennes und anderen Städten), aber auch in vielen anderen Ländern Europas

(Griechenland, Schweiz, Deutschland, England, Ukraine, Portugal, Dänemark, Finnland...) und in Rojava statt.

04.
APRIL 2022

Am selben Tag um 18 Uhr beschließt er, seinen Hungerstreik zu beenden.



Mit großer Erleichterung erfahren seine Angehörigen und Unterstützer*innen, dass Libre Flot in ein ziviles Krankenhaus in der Nähe von Paris verlegt wurde, da sein Leben jeden Moment hätte zuende gehen können. Die Ärzt*innen hatten deshalb Sorge, seine medizinische Betreuung nicht mehr gewährleisten zu können. Daraufhin hatten sie seine

07.
APRIL 2022

08. DEZEMBER 2020 - 07. APRIL 2022

Verlegung in ein anderes Krankenhaus beantragt. Dazu mussten sie sich mit der Justiz auseinandersetzen, um die Entlassung aus der Strafvollzugsanstalt zu erwirken. Der Untersuchungsrichter stimmte nach Verhandlungen mit den Anwälten seiner Entlassung aus medizinischen Gründen zu.

Er wird mit einer elektronischen Fußfessel entlassen und muss zunächst zur Rehabilitierung eine Zeit lang in einem auf Ernährung spezialisierten Krankenhaus bleiben.

ENDE DER ERMITTLUNGEN

Der Untersuchungsrichter Jean-Marc Herbaut beendet die gerichtlichen Ermittlungen des Falls vom 8.

Dezember. Gleichzeitig wird damit dem Rechthilfeersuchen ein Ende gesetzt, das es dem DGSI ermöglichte, "alle zur Verfügung stehenden Mittel" einzusetzen, um die Angeklagten und ihre Familien zu schikanieren.

Es bedeutet ebenfalls, dass die Akte geschlossen wird. Die Angeklagten und ihre Verteidigung erhalten eine Frist von drei Monaten, um die alle Faktoren (wie Anträge zur Dokumentensichtung usw.) einzureichen. Nach Ablauf dieser Frist ist nur noch die PNAT berechtigt, Anträge zu stellen.

Der Richter gibt seine Zustimmung zur Entfernung von Libre Flots elektronischer Fußfessel. Er unterliegt jedoch wie die anderen Angeklagten weiterhin einer

26.
AUGUST
2022

28.
SEPTEMBER
2022

AUGUST - NOVEMBER 2022

strengen richterlichen Kontrolle (Arbeitszwang, Reisebeschränkung auf eine einzige Region, einmal pro Woche Meldung auf der Polizeiwache).

Einigen Lockerungen der richterlichen Kontrolle wird stattgegeben, hauptsächlich in Bezug auf die Reiseeinschränkungen. Einem Antrag auf Aufhebung der Kontaktsperre zwischen zwei Angeklagten wird zugestimmt.

PNAT beantragt, den Fall vor dem Strafgericht und nicht dem Schwurgericht²¹ zu verhandeln.

NOVEMBER 2022

AUGUST - NOVEMBER 2022

PROZESSVORBEREITUNG

Während der Haft führte Libre Flot zahlreiche Rechtsmittel gegen seine Isolation im Gefängnis ins Feld. Dazu findet eine Anhörung vor dem Verwaltungsgericht in Versailles am 4. April 2023 statt. Hier wird nun die Isolation als rechtswidrig anerkannt und der Staat muss 3000 € Schadensersatz zahlen.

04. APRIL 2023

Wir hoffen, dass dies ein Präzedenzfall wird, obwohl wir bezweifeln, dass er sich auf die Gefängnisverwaltung tatsächlich auswirken wird. Das lässt sich schon daran erkennen, wie weit diese das Verfahren verschleppt hat.

Vorbereitende Anhörung. Es ist das erste Mal seit fast drei Jahren, dass sich die Angeklagten begegnen. Es ist auch das erste Mal, dass sie mit der PNAT und der

04. JULI 2023

BIS OKTOBER 2023

BIS OKTOBER

2023

Richterin, die den Prozess leiten wird, zusammentreffen. Die Angeklagten erheben Anspruch auf die Aufhebung des Kommunikationsverbots und weitere Erleichterungen der richterlichen Kontrolle. Die Richterin lehnt alles ab.

16.-23. SEPTEMBER 2023 WOCHE DER SOLIDARITÄT

Der Aufruf für die Soli-Woche wurde in 9 Sprachen übersetzt (Japanisch, Italienisch, Polnisch, Spanisch, Griechisch, Portugiesisch, Chinesisch, Englisch, Deutsch) und so weit wie möglich gestreut.

An verschiedenen Orten in Frankreich und woanders trafen sich Genoss*innen, um bei Info-Veranstaltungen über den Fall, Repression und Solidarität zu sprechen. Viele organisierten eine Aktion vor Gerichten und verbreiteten französische Botschaften, verfassten Stellungnahmen, machten Soli-Fotos und betätigten sich künstlerisch an Wänden und Fenstern. Bei Konzerten und Demos wurden Banner entrollt, die auf den Fall von 8/12 aufmerksam machten.



Albi



Toul

Calais

OUVERTURE DU PROCES DE L'AFFAIRE DU 8 DECEMBRE
DU 22 AU 27 OCTOBRE
SUIVEZ L'AVANCEMENT DU PROCES SUR LIMON AN
SOUTIEN AUX INCULPEES

Nantes&Nice



Ariège Okzitanien



Foix

Bure



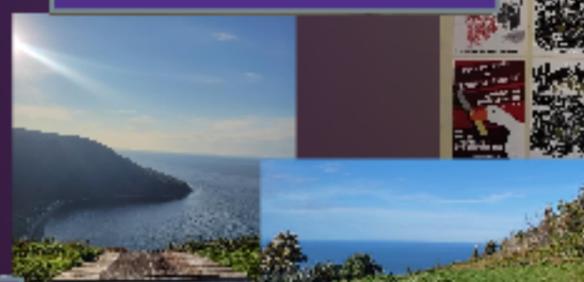
Lyon



Genf



Niedersachsen



Quebec



Euskal Herria



Helsinki



Bern



Wien



Dannenrod



Frankfurt



Warschau

Verschiedene Organisationen und Kollektive riefen zur Unterstützung der Angeklagten während des Prozesses auf. Unter anderen beteiligte sich auch eine feministische Initiative an der Mobilisierung. Ihr informativer Aufruf:

Aufruf für eine Feministische Mobilisierung am 03. Oktober in Paris zur Unterstützung der Angeklagten von 8/12

Feministischer Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung zur Unterstützung der Angeklagten von 8/12

Dienstag, 03.10.2023 ab 12.00 Uhr vor dem Neuen Justizpalast in Paris, Porte de Clichy.

Am 08. Dezember 2020 wurden 9 Menschen, die als "ultra-links" eingeordnet wurden, in verschiedenen Regionen Frankreichs vom DGSI verhaftet. Die Betroffenen kennen sich zwar nicht einmal alle, dennoch fanden die Verhaftungen nach einer Ermittlung gegen eine "kriminelle Konspiration zur Verübung krimineller terroristischer Taten" statt.

Fünf der festgenommenen Menschen kommen als "besonders hochkarätige Gefangene" in Untersuchungshaft. Das bedeutet Isolation und verstärkte Überwachung, mangelnde Bewegungsfreiheit, Zurückhalten der Post, alle zwei Stunden geweckt werden...

Wie dem auch sei, obwohl sie angeklagt sind, Feuerwerkskörper gebastelt und an Softair-Spielen teilgenommen zu haben, kann ihnen kein konkreter Plan vorgeworfen werden. Ohne handfeste Beweise werden die sieben Angeklagten verdächtigt,



wollen, oder der Armee vielleicht... Ihr Freiheitsentzug basiert also auf "Verdächtigungen" und potentiellen "Plänen", "Eigentum zu beschädigen und gewaltsame Handlungen durchzuführen", der Mutmaßung einer Absicht.

Tatsächlich hatten die Geheimdienste die betroffenen Menschen vor ihrer Festnahme bereits 10 Monate lang abgehört. Daraus konnten allerdings keine Beweise von irgendwas generiert werden. Es ist selbstverständlich eine spezielle Eigenschaft von "Anti-Terror"-Ermittlungen, Anschuldigungen mit angenommenen politischen Absichten zu begründen. In diesem Fall geschieht wird das als "Kampf gegen den Terror" verschleiert.

Die repressive Behandlung der 8/12-Angeklagten lässt sich einzig und allein auf ihre (unterstellte) Kritik an der und Wut auf die Polizei zurückführen. Ihre Weigerung, die Passwörter für ihre verschlüsselten Telefone und Computer herauszugeben, ist ein Indiz für ihre Schuld. Ein unbestreitbarer Beweis, oder?

Die Jagd auf diese sozialen, ökologischen, feministischen, anti-imperialistischen und antifaschistischen Aktivistis wurde mit morgendlichen Überfällen der RAID (der taktischen Elite-Einheit der französischen Polizei) und DGSI abgeschlossen. Dabei wurden alle Anwesenden mit Handschellen gefesselt und die Häuser komplett durchwühlt. Der folgende Polizeigewahrsam dauerte 4 Tage unter grellem Neonlicht und sechsstündigen Verhören. Bedingungen, die an "weiße Folter" erinnern.

Zusätzlich wurden in Berichten über den Fall private Informationen in den Medien veröffentlicht. Das gefährdete alle Betroffenen und ihr Umfeld.

Seit Beginn der Affäre haben wir diese politische Repression angeprangert, diese haltlosen Vorwürfe und diesen missbräuchlichen und respektlosen Umgang mit Würde. Heute, zum Anlass des Prozessbeginns (vom 03. - 27.10.) bekräftigen wir nochmals unsere Solidarität mit den Angeklagten.

Anfang 2021 haben wir zwei Mal unsere feministische Solidarität mit den Angeklagten kundgetan, zwei Artikel wurden zu diesem Zweck von Aktivistis, feministischen Persönlichkeiten und Gruppen veröffentlicht.

Heute rufen wir zur Mobilisierung von Unterstützung während des Prozesses im Oktober auf. Dabei legen wir ein Hauptaugenmerk auf unsere Genossin Camille, die einzige Frau unter den sieben Angeklagten.

Camilles Verhaftung verlief zweifellos mehr als unverhältnismäßig. Während der Festnahme wurde die Tür ihres Hauses eingetreten, ihr Zimmer verwüstet und ihr Bett zerstört. Überwältigt von schusssicheren Einsatzschilden und Feuerwaffen, wurde Camille gewaltsam ein Stoff über den Kopf gezogen und in einem nicht gekennzeichneten Lieferwagen abtransportiert. Sie hatte keine Ahnung, wohin es gehen sollte. Nach drei Tagen in den DGSI-Verhörräumen wurde sie in das Hochsicherheitsgefängnis Fleury-Mérogis gebracht, wo sie für viereinhalb Monate eingesperrt war - unter den oben erwähnten Bedingungen.

Wir verurteilen die Gewalt, die den Angeklagten angetan wurde und mobilisieren hiermit insbesondere in Solidarität mit Camille. Sie wurde innerhalb der letzten drei Jahre schlecht behandelt und war wiederholt Belästigungen und sexistischer Aggression durch Polizei, Gefängnis- und Justizpersonal ausgesetzt. Gleichermäßen mobilisieren wir solidarisch mit allen Müttern, Freund*innen und Gefährt*innen, die ebenfalls mit all dieser Gewalt zu kämpfen hatten und denen wir unsere aufrichtige Unterstützung aussprechen möchten.

Die Justiz erschafft Erzählungen und Charaktere. Wenn es um die Mutmaßung einer Absicht geht, ist die Geschichte nicht mehr als Fantasie. Und die Frauen in ihren Geschichten sind alle getränkt von sexistischen Klischees. Wenn wir gegen eine absurde Erzählung kämpfen müssen, dann müssen wir uns auch gegen diskreditierende Rollen und Zuschreibungen verteidigen.

Zuerst wird Camille als die "Frau des Anführers" bezeichnet, deren Worte fortwährend entwertet werden, die mit aus der Überwachung stammenden intimen Daten erpresst werden soll und deren Verhalten immer als "emotional" behandelt und interpretiert wird.

Allgemein soll Bevormundung und Entwertung als Rechtfertigung für autoritäre und strafende Behandlung dienen. Frauen werden ihre Autonomie und Selbstbewusstsein aberkannt – ein Mechanismus, den wir alle nur zu gut kennen.

Als Camille sich und ihr Recht, gehört zu werden, verteidigt, wird ihr eine neue Zuschreibung verpasst: Sie wird nun zur Manipulatorin, die am meisten von allen von gewalttätiger Ideologie durchdrungen ist und heimtückisch die "Gruppe" beeinflusst. Hier erkennen wir eine andere klassische Darstellung der hinterlistigen, berechnenden Frau, die Misstrauen und Verachtung verdient.

Wir können nicht akzeptieren, nach sexistischen Stereotypen karikiert zu werden. Oftmals engen uns diese Stereotype in bevormundeten Rollen ein und lassen uns verstummen, wenn uns die Rolle der niederträchtigen Frau zugeschrieben wird. Aber die Stereotype können uns auch gefährden.

Diese Mechanismen löschen die betroffene Person und ihre Erfahrungen aus, während sie gleichzeitig Kontrollmaßnahmen rechtfertigen oder sogar veranlassen. Dies trifft auf unser aller Leben zu, aber hier insbesondere auf Camille.

Während ihrer Inhaftierung und der justiziellen Schikane war sie vonseiten der Angestellten Übergriffen ausgesetzt und ihr wurde sexistische Gewalt angetan. Polizeibeamte drohten, sie sexuell anzugreifen, um an ihre DNA heranzukommen und unterzogen sie illegal systematischen Leibesvisitationen. Die Polizei belästigte sie und folgte ihr auf unmäßige Art und Weise. Es ging sogar so weit, dass sie bis zu den Türen des Krankenhauses, wo Camille einen wichtigen gynäkologischen

Termin hatte, verfolgt wurde.

All diese Maßnahmen laufen auf sexistische, sexuelle, moralische und sogar physische Belästigung hinaus. Sie schüren außerdem ein Klima von Erschöpfung und Angst und verletzen jedes Recht auf Privatsphäre und Würde. Sie sind Teil einer heimtückischen Strategie: zu zerstören, um auf Linie zu bringen.

Die Anwendung solcher Methoden gegen die einzige Frau, gegen die ermittelt wird, offenbart einmal mehr den systemischen Sexismus von Polizei und Justiz. Gegen sexistische und sexuelle Gewalt waren diese Institutionen nie unsere Verbündeten und werden es auch nie sein. Jeder Vorfall von Gewalt ist einer zu viel. Die Ausübung solcher Gewalt durch Institutionen, die gleichzeitig behaupten, sie würden uns davor beschützen, ist auf unerträgliche Weise verlogen.

Wir verurteilen wütend die sexistische Behandlung, die unserer Genossin Camille zugefügt wurde und versichern unsere volle Unterstützung für sie.

Aber an dieser Stelle verbinden sich unsere Wut und unsere Solidarität mit dem Ideal einer feministischen Welt, die auf kollektiver Emanzipation beruht. Und wenn wir uns darüber klar sind, dass das patriarchale System uns feindlich gesinnt ist, müssen wir gegen die Mittel ankämpfen, die es nutzt, um sich selbst aufrechtzuerhalten. Unter dem Deckmantel des "Anti-Terror" soll das Patriarchat durchgesetzt und verteidigt werden.

Denn: "Anti-Terror" ist ein mächtiges, allumfassendes Werkzeug der Repression, das genutzt wird, um staatliche Allgegenwärtigkeit und Allmächtigkeit in unsere Leben zu pressen. Es rechtfertigt ein ganzes Arsenal an Mitteln zu Überwachungseingriffen und Kontrolle der Bevölkerung und ermöglicht es dem Staat, Verhalten gemäß der von ihm festgelegten Moralität zu beurteilen und unterdrücken. Es

repräsentiert eine Welt, die der von uns erträumten feministischen Welt diametral entgegensteht.

Wir verteidigen leidenschaftlich und vehement ein würdevolles, freies und gewaltfreies Leben für alle. Diese Losungen sind in der feministischen Bewegung altbekannt und werden von ihr vertreten. Doch sie enden nicht bei Fällen von sexistischer und sexueller Gewalt. Sie sind nicht bedeutungslos und wir werden sie nicht vergeblich sein lassen.

Die Angeklagten des Falls vom 8. Dezember wurden ihrer Würde und ihrer Freiheit beraubt. Und sie wurden verletzt. Sie waren schlichtweg in verschiedenen sozialen Kämpfen engagiert.

Wir erachten diesen Fall als einen direkten Angriff auf alle Aktivistis und alljene, die die etablierte Ordnung hinterfragen, die für Freiheiten, Solidarität und gegenseitige Unterstützung eintreten.

Diese äußerst abschüssige Argumentation führt direkt zu einer Verschärfung der politischen Repression. Dies wird in Anklagen und Kriminalisierung politischer Gegner und Mobilisierungen aufeinander folgender Regierungen deutlich. Diese Tendenz ist nicht nur im zunehmenden Zurückgreifen auf die "Anti-Terror"-Gerichtsbarkeit zu erkennen, sondern auch in der beinahe vollständigen Macht, die Polizeikräften gewährt wird.



Die Festnahmen Ende 2020 waren in diesem Sinne eine deutliche Botschaft der Macron-Regierung. Inmitten der Kämpfe gegen das "Gesetz für globale Sicherheit", autoritäre Praktiken und Polizeigewalt, besagt diese abschreckende Repression: "Wenn du die Polizei kritisierst, können wir dich in den Knast bringen, und zwar ohne Prozess!"

Überdies ist die Anwendung und sogar Instrumentalisierung der "Anti-Terror"-Methoden besonders besorgniserregend. Zum Einen beobachten wir die ausgedehnte Nutzung dieses Wortfeldes, wann immer progressive Mobilisierung Gestalt annimmt - beispielsweise werden im Moment Begriffe wie "Öko-Terrorist" oder "intellektueller Terrorist" genutzt. Zum Anderen wird jeglicher sozialer Kampf verzerrt, wenn er mit einer primitiven terroristischen Gestalt verknüpft wird. Abgesehen davon, dass diese den tatsächlich vertretenen Idealen diametral entgegengesetzt ist.

Wenn wir als Terroristen gelten, dann sind es die Medien und der politische Diskurs, die Terror verbreiten. Einerseits, indem sie jegliche Protestbewegung mit Angst vor physischer oder legaler Repression ersticken. Andererseits, indem sie Mobilisierung innerhalb der Bevölkerung verteufeln, Aktivistis als Gefahr darstellen und unsere Aktionsformen als bedrohlich und gewalttätig.

Schließlich wissen wir, dass die 8/12-Affäre keine Frage der nationalen Sicherheit ist, ganz im Gegenteil. Es ist eine politische Schlacht. Dieser Prozess wird benutzt, um einen Präzedenzfall zu erschaffen, der eine noch härtere Verfolgung von Protestbewegungen ermöglicht. Er richtet sich gegen die Menschen, die sie am Laufen halten.

Im Hintergrund dieses Prozesses nehmen autoritäre und reaktionäre Logiken Form an. Diese Logiken gefährden alle Kämpfe die wir für eine Welt frei von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen wagen. Insbesondere wird dabei auch für die extreme Rechte der rote Teppich ausgerollt, sowohl deren

Praxis von Bedrohung und Einschüchterung wird weiter verbreitet, als auch deren ekelerregende Ideen.

All die aufeinander folgenden Gesetze, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden - etwa das "Anti-Separatismus-Gesetz" oder das "Gesetz für globale Sicherheit" - haben der Ausweitung repressiver Maßnahmen gegen alle Formen politischer Opposition die Türen geöffnet.

Aktivistis in antifaschistischen, antikapitalistischen, antirassistischen, ökologischen, feministischen und queeren Bewegungen, usw.: Wir sind alle auf ihrer Liste.

Aber wir werden der Angst nicht nachgeben.

Wir werden in nichts nachgeben.

Nicht bezüglich unserer Existenzberechtigung,

nicht in unseren politischen Horizonten,

nicht in unserem Recht, ein würdevolles, freies und gewaltfreies Leben zu leben - hier und jetzt.

Und deshalb rufen wir dazu auf, sich an der Mobilisierung in Unterstützung der Angeklagten von 8/12 zu beteiligen, wenn ihr Prozess beginnt.

Wir weigern uns, uns zu fürchten, wir weigern uns, uns dem Bild unterzuordnen, das Medien und Politiker von uns zeichnen. Unsere Kämpfe sind positiv. Sogar wenn unsere Wut grollt, glauben unsere Kämpfe in Freiheit, Liebe und Freude.

Lasst uns kraftvoll zusammenkommen, um die Betroffenen von 8/12 zu unterstützen und unsere Solidarität mit ihnen deutlich zu machen.

Wir rufen zu einer starken feministischen Präsenz auf, also singe, rufe und kämpfe mit uns.

Und an Repression und Staatsgewalt: ihr werdet euch nicht länger an unserem Schweigen laben.

*Einige feministische Aktivist*innen.*

PROZESS

1. Tag .

*Es haben sich viele Unterstützer*innen vor dem Gerichtsgebäude zusammengefunden.*

Kritik der Anwält*innen:

*Die Anwält*innen beantragen die Vernehmung der beiden DGSI-Beamten, die das meiste Material für die Akte geliefert haben.*

Mit der Vernehmung der Agenten möchten sie zum Beispiel

*verstehen, warum und wieso das Video in Paulnay - das eine wesentliche Belastung sein soll - gelöscht wurde. Die Anwält*innen argumentieren, dass Polizeibeamte wie alle anderen auch als Staatsbürger*innen gelten und somit bereit sein sollten, sich und ihre Handlungen zu erklären. Die Staatsanwaltschaft bezeichnet das als "Ablenkungsmanöver" der Verteidigung. Der Antrag wird abgelehnt. Die Verteidigung wird stark benachteiligt: Sie werden zu keinem Zeitpunkt wirklich Zugang zu den tatsächlichen Gründen für die Ermittlung haben.*



2. & 3. Tag .

Persönlichkeiten:

In Frankreich beginnen Gerichtsprozesse mit der Begutachtung der Persönlichkeiten der Angeklagten. Die Fragen sind banal bis perfide und voller klassistischer Gewalt: es wird sich auf familiäre Probleme, Alkoholismus, Arbeitslosigkeit und ähnliche Auskünfte gestürzt. Einige Angeklagte werden gerügt, dass sie sich zuvor geweigert

03. - 27. OKTOBER 2023

hatten, dass von psychologische Gutachten von ihnen erstellt werden. Einer Angeklagten wird zynisch vorgeworfen: "Sie machen ja den Eindruck, als möchten Sie nicht, dass wir Sie genauer kennenlernen..." Weitere Eckpunkte der Fragerei sind:

a) politischer Aktivismus - Engagement in den ZAD etwa wird als "Erfahrungen in einer Konfliktzone" gewertet

b) Reisen - manche reisten nach Guyana, andere nach Kolumbien, jemand reiste nach Rojava, jemand anderes hatte das auch noch vor

c) Kritik an Polizei und Justizsystem - Fragen wie "wenn jemand (Rémi Fraise) von der Polizei ermordet wird, spüren Sie dann Rachegefühle?" sollen Aussagen zur Gewaltbereitschaft provozieren. Eine Angeklagte

soll sich ausführlich für ihren Brief an den Untersuchungsrichter rechtfertigen, in dem sie die Schuldannahme des gesamten Falles kritisierte. Dies wird ausgelegt als möglicher Wunsch, die staatlichen Institutionen anzugreifen.

d) Akzeptanz von Gewalt - immer wieder kommt es darauf zurück, inwiefern die Angeklagten die Anwendung von Gewalt akzeptieren.

Die vorsitzende Richterin toleriert in diesen ersten Tagen keinerlei Reaktionen des Publikums, unterdrückt Applaus und droht immer wieder, den Saal räumen zu lassen, um



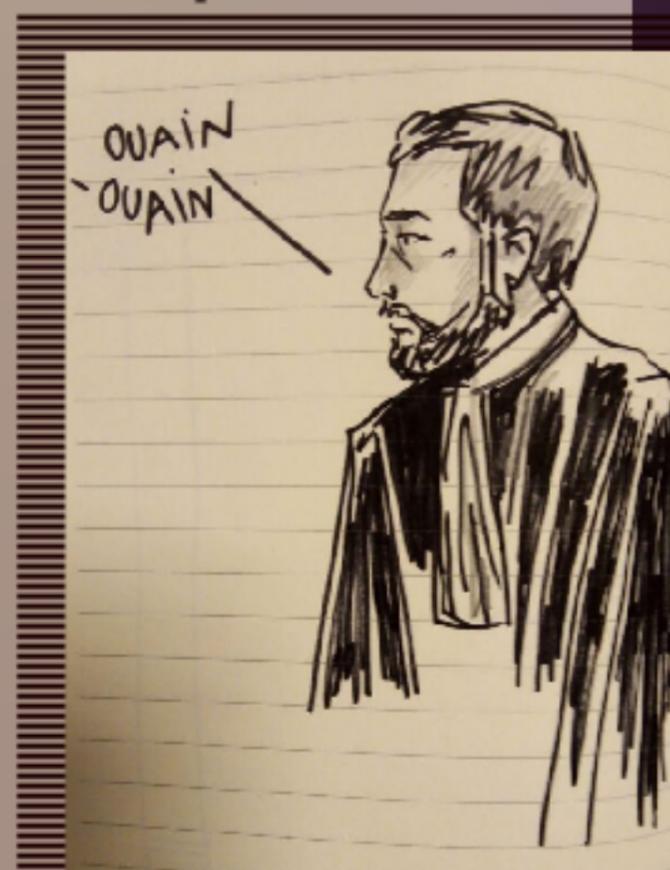
assesseurs = Beisitzer*innen
juge = Richterin
substitut du procureur = Staatsanwält*in

der Solidarität Einhalt zu gebieten.

4. bis 7. Tag

Feuerwerkskörper:

Das Thema Böller wird als erstes behandelt, weil es am gemeingefährlichsten erscheint: Die Staatsanwaltschaft zieht erstmal Vergleiche mit Anders Breivik und den Explosionen in Beirut 2020, um die schon ordentlich übertrieben dargestellten Indizien möglichst noch bis zum Bersten aufzuplustern. Später wird ein Experte gefragt, was wohl eine 20-kg-Explosion am Place Vendôme in Paris anrichten würde. Was diese Frage mit dem Fall zu tun haben soll, bleibt unverstanden. Tatsächlich gab es ein Treffen eines professionellen Pyrotechnikers - das heißt: er hantiert täglich mit explosivem Material. ES IST SEIN JOB! - mit einem alten Freund (Libre Flot), bei dem viel geschnackt und gebastelt wurde, unter anderem - aber nicht hauptsächlich - über Feuerwerkskörper. Die hochgeschraubten Indizien: 150 g Material wurden in den Akten zu 2 kg und ein paar Stündchen Ausprobieren zu 4 Tagen am Stück Böllerbasteln. Wie schade, dass genau das Beweisvideo ja leider leider gelöscht wurde, das die Wahrheit ans Licht bringen würde... Auf erneute Anfrage nach der Vernehmung der ermittelnden Beamten antwortet die Staatsanwaltschaft, dies sei nicht zu verantworten. Denn: Der (sowieso überall öffentliche) Name des Untersuchungsrichters (Jean-Marc Herbaut) habe auf der Soli-Homepage

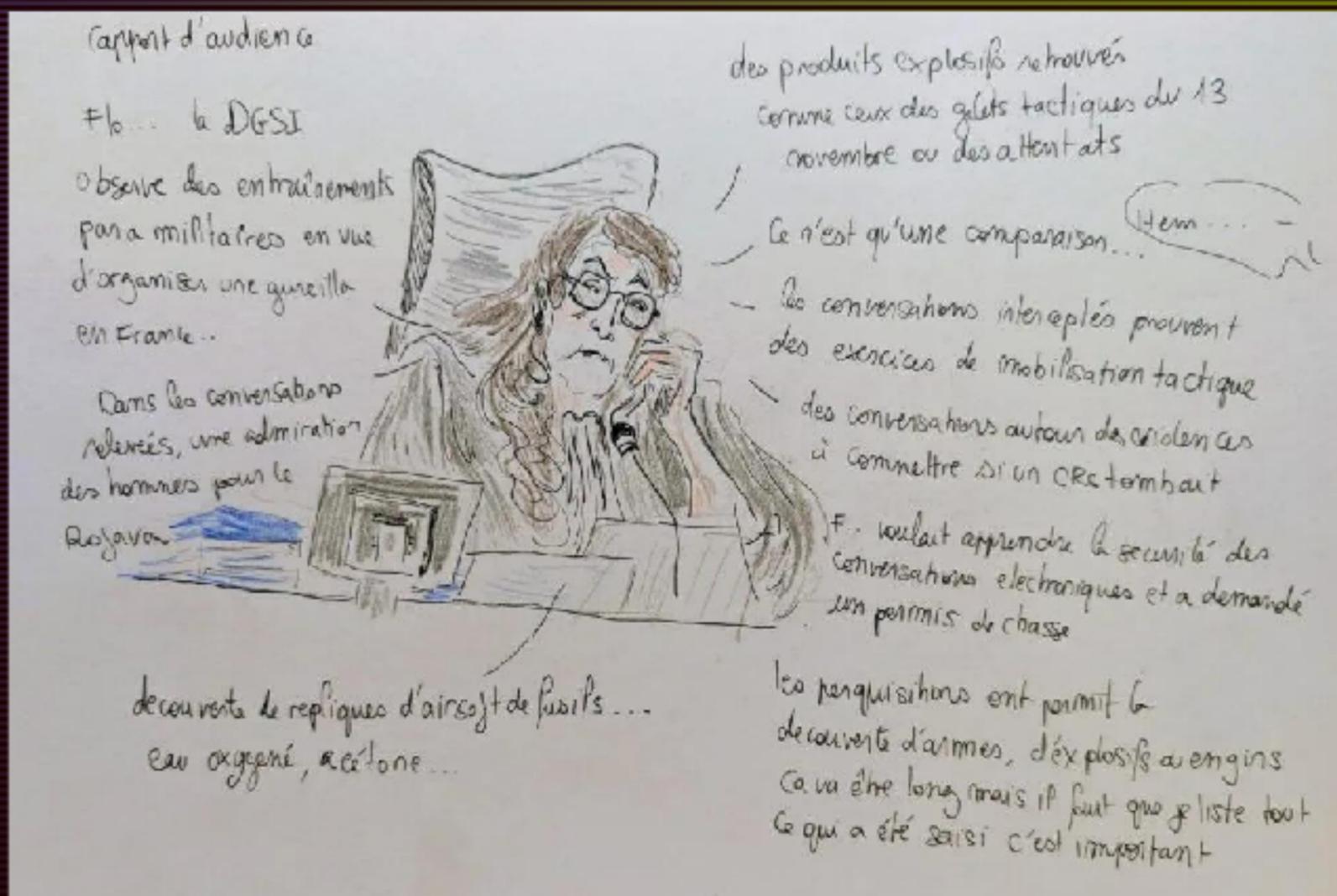


OUAIN = Babysprache

03. - 27. OKTOBER 2023

gestanden. Es soll bewiesen werden, dass Libre Flot die Feuerwerks-Herstellung mit einem aus Rojava mitgebrachten Rezept angeleitet hat. Aber auch mit den ständigen Abhörmaßnahmen konnte dies nicht nachgewiesen werden. Dafür gibt es saftige Transkriptionsfehler: So wurde über Schutzbrillen für das Softair-Spiel gesprochen, aber das wurde als "Sprengstoffwesten" aufgeschrieben. Da entsteht doch der Zweifel: Sind diese Fehler etwa auch absichtliche?

Wie gemeingefährlich diese Versuche waren, parodiert die spürbar lustige Atmosphäre in dem Video, das im Internet von den Unterstützungskomitees zur Verfügung gestellt wurde²²: Zu erkennen ist ein kleines rauchendes und funkensprühendes Bötchen, zu hören viel Gelächter. Wer das anschaut, dem schlottern die Knie...



Gutachten zur Verhandlung

Flo... der DGSI beobachtet paramilitärisches Training mit Blick auf einen Guerilla-Krieg in Frankreich...

In den Unterhaltungen wird notiert: die Bewunderung der Männer für Rojava

Softair-Nachbildungen gefunden... Wasserstoffperoxid... Azeton...

Sprengstoff wie in den Westen, die bei den Anschlägen vom 13. November benutzt wurden das ist nur ein Vergleich Hm...

die abgehörten Unterhaltungen sind Beweis für Übungen zu taktischer Mobilisierung

Gespräche über Gewalt, die ausgeübt werden würde, wenn ein Polizist zu Boden geht

Das Netzwerk zur Unterstützung der Angeklagten von 8/12 fasst die erste Verhandlungswoche mit dieser Analyse zusammen:

Analyse: Ein politischer Prozess gegen die Linke von Unten

Diese erste Woche der Vernehmungen hat eine Gewissheit bestätigt: Dieser Prozess wird unter Schuldvermutung geführt und es sind die politischen Ansichten der Angeklagten, die hier kriminalisiert werden.

Während Olivier Cahn in einer Reportage von Blast! vor der Verknüpfung von "Terrorismus" mit "direkter Aktion" warnte, geht für uns in diesem Prozess das Spiel noch ein Stückchen weiter: Denn in diesem Fall werden den Angeklagten nicht einmal direkte Aktionen unterstellt.

Dasselbe trifft sicherlich auf andere Operationen der SDAT innerhalb der letzten Jahre zu (Ivan Alocco, 15. Juni in Limousin, Lafarge), aber im Fall vom 8. Dezember geht es bei der Strafverfolgung um weit mehr als die Repression von direkten Aktionen. Der Kernpunkt ist auch nicht, die Auslegung von "Terrorismus" im Gesetz weiter zu strecken, so dass auch Sachbeschädigung und Sabotage darunterfallen würden. Vielmehr soll damit im legalen Raum der Weg geebnet werden, um (tatsächliche oder angenommene) revolutionäre politische Bestrebungen als "Vor-Terrorismus" zu unterdrücken.

Die Entwicklung der Anti-Terror-Gesetzgebung in der Türkei, Italien und den USA ist die perfekte Veranschaulichung dieser Strategie, die langfristig darauf abzielt, jegliche subversiven Ausdrucksformen in die repressiven Anwendungsbereiche des Anti-Terror einzuschließen.

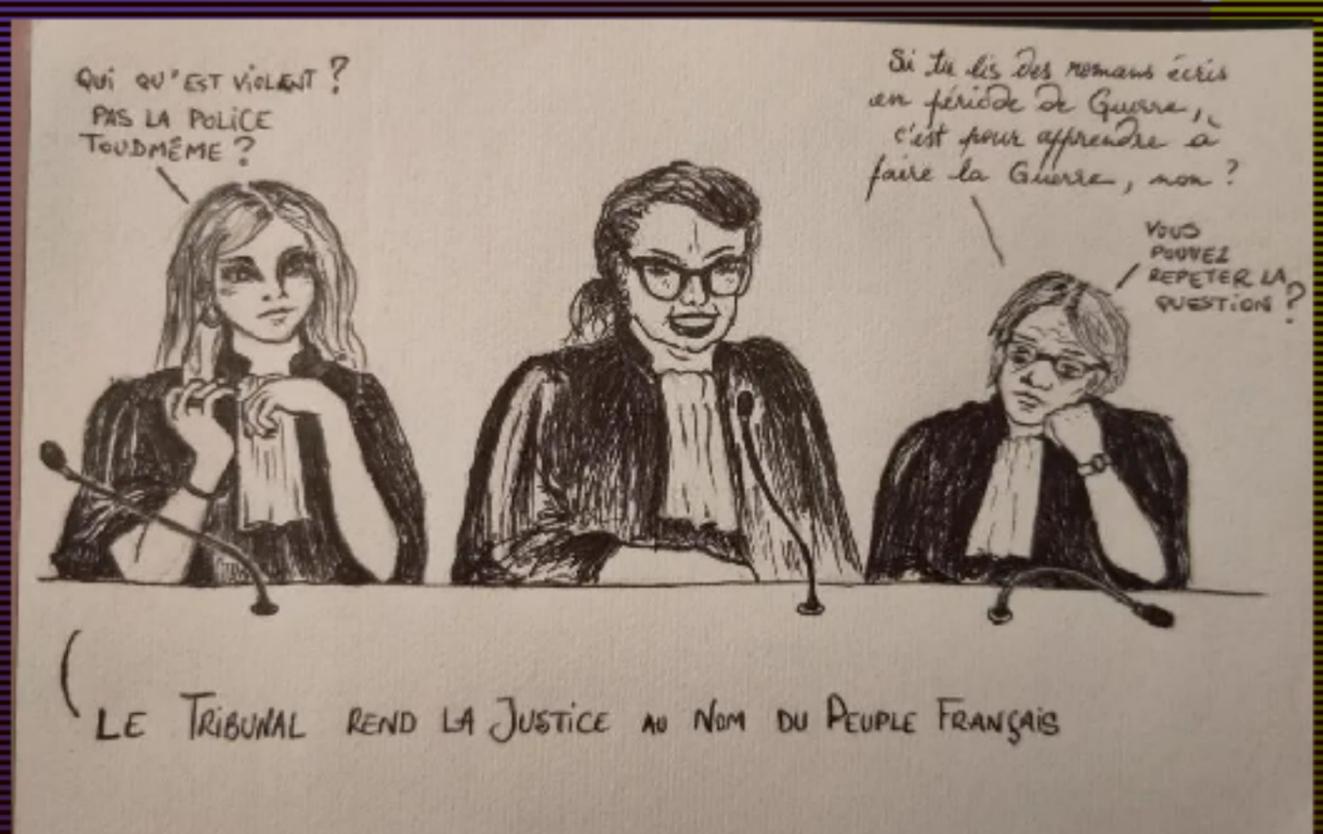
Wie die PNAT in ihrer Anklageschrift fabulierte: "die Ultra-

Linke ist vielgestaltig und flexibel" und ihre Aktionsformen reichten vom Flyer-Verteilen alle möglichen Formen von Aktivismus bis hin zum Hantieren mit Waffen (die meisten dieser Formen sind legal: Gewerkschaften, Vereine oder Autonome Strukturen).

Die PNAT tritt in die Fußstapfen der "Gegen-Subversion"-Doktrinen (DGR) - militärische Theorien, die in "Terrorismusschulen" gelehrt und während des Algerienkriegs grausam angewandt wurden (siehe *Terreur et Séduction* von Jérémy Rubenstein und *L'Ennemi Intérieur* von Mathieu Rigouste). Diese Doktrin geht davon aus, dass es einen Mechanismus des "revolutionären Zerfalls" gäbe, der mit Aktionen "niedriger Intensität" beginnt und dann im Umsturz des Staates gipfelt. Um Ordnung und Sicherheit mit möglichst geringem Aufwand aufrechtzuerhalten, müssten Proteste deshalb im Keim erstickt werden.

Darum geht es im Prozess gegen die Angeklagten vom 8. Dezember. Übrigens steht genau das wortwörtlich im Zentrum des Verdachts gegen die Angeklagten: Sie hätten die Idee des "Umsturzes des Staates" im Sinn gehabt.

"Ein Prozess, der nicht gut laufen wird": Die Verteidigung unter Druck.



Wer ist gewalttätig? Doch nicht die Polizei sicherlich?
Wenn Sie Kriegsromane lesen, so möchten Sie etwas über Kriegsführung lernen, richtig?
Können Sie die Frage wiederholen?
Das Gericht spricht Recht im Namen des französischen Volkes

Dieser Prozess ist ein Schlüsselmoment der fortschreitenden weltweiten Faschisierung in ihrer französischen Ausformung. Demnach ist es kaum verwunderlich, dass die Richter*innen genauestens darauf achteten, vom ersten Tag an keinerlei Anträge der Verteidigung zuzulassen.

Nach Angaben der PNAT gäbe es keinen Grund, "an der Loyalität der DGSI-Agenten zu zweifeln". Die Richterin scheint dem zuzustimmen. Sie wäre befugt, Zeugen zwangsweise vorzuladen, sieht dies aber für Agenten Nummer 1207SI und 856SI nicht als notwendig an. Die beiden sind die Urheber von mehr als 150 Beiträgen in den Akten produziert, von denen viele auch "materielle Fehler" aufweisen.

Es gäbe auch keinen Grund, die Anhörungen zu vertagen, bis das Berufungsgericht entschieden hat, ob die Abhörmaßnahmen bei Libre Flot nach seiner Rückkehr aus Rojava rechtmäßig waren. Denn: Es habe Vorrang, dass der Justizapparat reibungslos funktioniere.

Flots Anwalt Kempf ließ verlauten, dass dieser Prozess, der "bereits schlecht begonnen hat", Gefahr läuft, möglicherweise auch ein schlechtes Ende zu nehmen. Schon jetzt gibt es eine Verzögerung von mindestens einem Prozesstag und die wichtigsten Themen wurden im Programm ganz zum Schluss eingeplant: Die Frage des "Projekts" und der "Klandestinität" (durch die verwendeten Kommunikationsmittel). Diese Punkte könnten bei einer Programmverschiebung einfach unter den Tisch fallen.

"Wir möchten Sie etwas besser kennenlernen": Pathologisierung²³ der Opfer von polizeilicher Grausamkeit.

Nach dem ersten Tag, der von Ablehnung der Verteidigung geprägt war, waren zwei Verhandlungstage der "Persönlichkeit der Angeklagten" gewidmet. Für durchschnittlich zwei Stunden wurden alle Angeklagten, ihre Lebensgeschichten und intimsten

Gemütszustände durchpflügt.

Im Profil der einzelnen Personen, deren Lebensgeschichte zuweilen mit Entbehrungen, öfter aber mit Freiheit und Visionen einer Zukunft der Autonomie verbunden ist, scheinen die Richter*innen sich lediglich für Hinweise auf "gewalttätiges" und pathologisierendes Potential zu interessieren.

Die Fragen kommen immer wieder zurück auf: Suchtmittel (Drogen und Alkohol), die DauerGefangenschaft, die Traumata im Zusammenhang mit der Polizeigewalt in den ZAD.

Richter*innen sind besessen davon, dass die Angeklagten über "abgerissene Hände und Vergewaltigungen durch die Polizei" und den "Tod" von Rémi Fraisse²⁴ verbittert sein könnten.

Der Subtext ist so eindeutig wie ekelhaft: Du bist traumatisiert und hasst die Polizei - im Zusammenhang mit diesem Fall macht dich das anfällig und gefährlich. Oder: Wie die von der Polizei verübten Gräueltaten umgekehrt werden, um damit zu versuchen, die Genoss*innen des 8. Dezember zu kriminalisieren.

Ein erschreckendes Beispiel:

Eine beisitzende Richterin rührt in Svinks Kindheit und einen Unfall mit einem Roller, unter dessen Nachwirkungen er bis heute leidet. Er ist 39, damals war er 15 Jahre alt. Er wird von einem betrunkenen Fahrer angefahren, einem Polizisten außer Dienst. Daraufhin sucht ihn der Polizist mit einigen Kollegen am Krankenhausbett auf und setzt ihn unter Druck, keine Anzeige zu erstatten. Die Richterin fragt nicht, wie es dann weiterging. Sondern sie will wissen, ob das etwas mit seinem "ACAB"-Tattoo zu tun hat und ganz besonders mit den "Taten", die ihm heute, 21 Jahre später, vorgeworfen werden: Er sei ein Liebhaber von Spezialeffekten und dürfe mit "aktiven" Stoffen umgehen - aber anscheinend nicht mit jemandem, der in Rojava gewesen ist.

"Im Namen des französischen Volkes": Akademische Kritik wird als terroristische Absicht ausgelegt

"Wir sind hier nicht zusammengekommen, um Ihre politischen Ansichten zu verurteilen", sprach die Vorsitzende am ersten Verhandlungstag - das die Menschen im Saal mehr als ein wenig zweifeln ließ. Die Zweifel wurden auch ganz schnell ausgeräumt: Camille musste sich - unter anderem - eine Stunde lang für den



Wie ernähren Sie sich?

Brief an den Untersuchungsrichter erklären, den sie geschrieben hatte. Darin hatte sie Soziolog*innen und Historiker*innen zitiert, die dem Justizsystem kritisch gegenüberstehen.

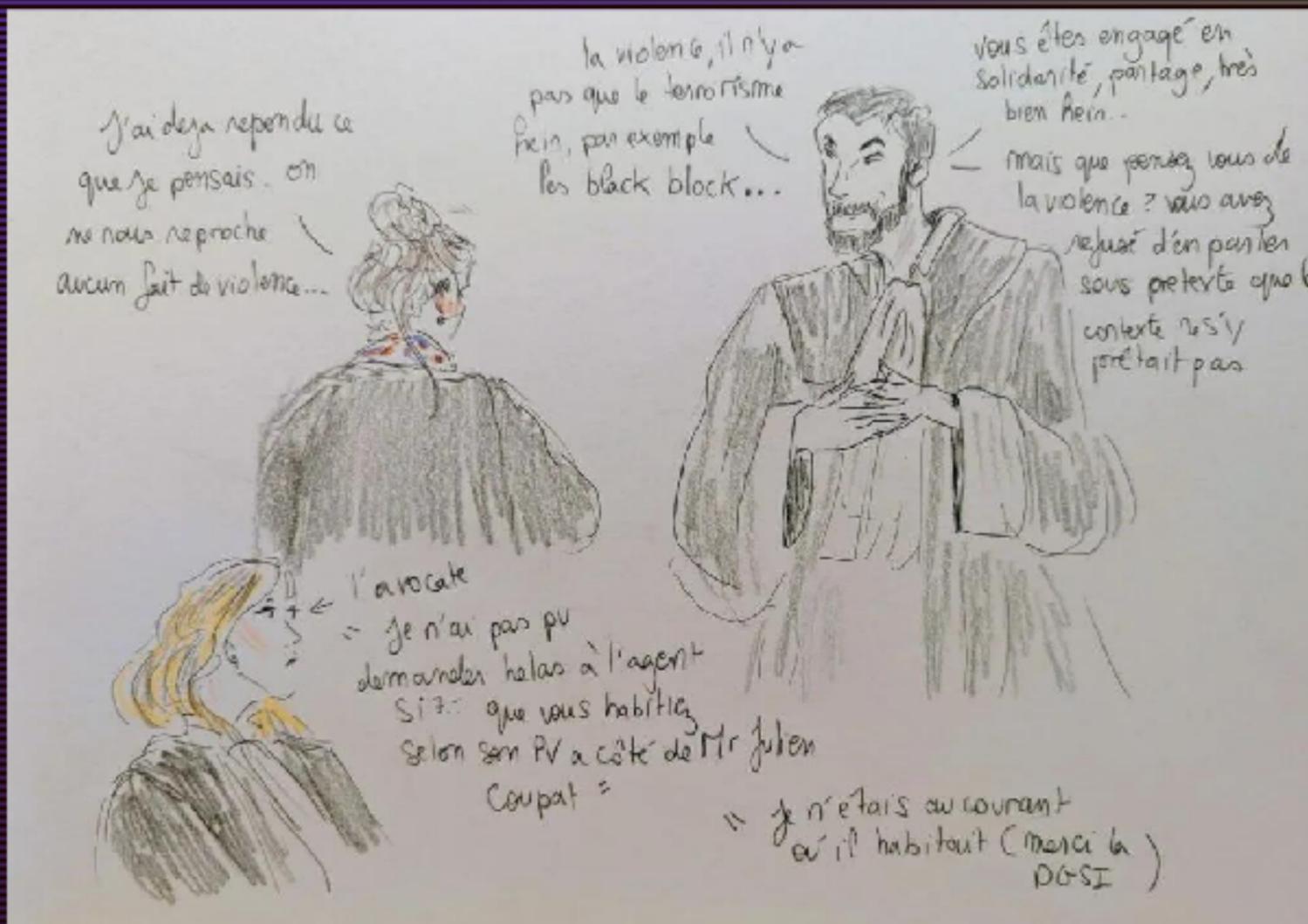
In der Haft hatte sie die Zeit genutzt, um Bücher zu lesen wie etwa "Sous l'œil de l'expert. Les dossiers judiciaires de personnalité" ["Unter dem Auge des Experten. Die gerichtlichen Persönlichkeitsakten"] von Ludivine Bantigny und Jean-Claude Vimont, "Mauvaise graine. Deux siècles d'histoire de la justice des enfants" ["Schlechte Saat. Zwei Jahrhunderte der Geschichte der Kinderrechte"] von Véronique Blanchard und Mathias Gardet oder auch die Kriminologin Louk Hulsman, die in "Crimes et Peines" [Verbrechen und Sorgen] von Gwenola Ricordeau zitiert wird.

Nach Meinung der Beisitzerin würdend die folgenden Zitate "Bände sprechen" über ihre politischen Ansichten und - mithilfe einer gefährlichen Annahme - über "die Tatsachen derer Sie angeklagt sind":

"Die Auseinandersetzung zwischen den Worten der jungen Menschen und denen der Experten ist von unglaublicher Gewalt gekennzeichnet. Sie sagt viel über die Klassenvorurteile, den Sexismus und den Rassismus aus, die zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschen und zu abwegigen Gerichtsentscheidungen führten, die schwere Folgen für eine Jugend hatten, die sicherlich überwacht, aber denen weder zugehört wurde, noch wurden sie verstanden."

"In ihrer Überzeugung, die Persönlichkeit von Individuen wissenschaftlich messen zu können, sperren Ärzt*innen, Psycholog*innen, Erzieher*innen und Richter*innen sie in starre Kategorien ein, die meist unveränderbar sind. Dies ist der Kernpunkt ihrer Fälle und bestimmt wiederum das Schicksal der beurteilten Person."

"die Kunde des Illegalismus entlarvt die falsche Neutralität der rechtlichen Kategorien, die "Ordnung" und "Unordnung" als beständige und universelle historische Tatsachen darstellen, als objektive Fakten, die frei von jeglichem Werturteil sind".



- Sie sind in Solidarität und Teilhabe involviert, gut und schön. Aber was denken Sie über Gewalt? Sie weigern sich, darüber zu sprechen unter dem Vorwand, dass sich der Kontext dafür nicht eignet.
- Ich habe schon gesagt, was ich denke. Wir sind für keinerlei Gewalt angeklagt.
- Gewalt ist nicht nur Terrorismus, es ist auch der Schwarze Block...
- Anwältin: „Leider konnte ich S17... [DGSI-Agent, der nicht vorgeladen wurde] nicht dazu befragen, dass Sie Julien Coupats Nachbarin waren.“
- Ich wusste nicht, wo er wohnte (dank dem DGSI).



Wie ist das Leben in den ZAD? Wird dort das Geld geteilt?

Haben Sie ein Suchtproblem? Haben Sie darüber nachgedacht, einen Abschluss zu machen?

Ich weiß nicht, was ich über mich erzählen soll. Sprechen Sie!

Ich habe kein Alkohol-Problem, ich mag es nur, manchmal zu trinken.

Die beisitzende Richterin wendet sich recht schnell von den Fragen zur Persönlichkeit ab und stürzt sich in eine aggressive Konfrontation: "Als Richterin muss ich Ihnen diese Frage stellen", behauptet sie, bevor sie den Saal mit dem Ausruf: "Das Gericht spricht Recht im Namen des französischen Volkes!" verblüfft.

Diese Darbietung von Autoritarismus weckte solidarische Reaktionen im Saal, die Staatsanwalt sofort ahnden ließ (eine Person wurde des Saals verwiesen). Aus Protest verlassen auch die Mutter, der Vater, der Bruder und Verwandte der Angeklagten den Saal.

Bitte notieren Sie, Protokollant*innen des Gerichts: Im Frankreich des Jahres 2023 gehört es sich nicht, die Justiz zu kritisieren. Zudem ist das akademische Konzept der "Kriminalisierung" ein "Neologismus"²⁵; und eine Master-Arbeit in Literatur wird zum Beweisstück einem Terrorfall.

"Können Sie an zwei Orten gleichzeitig sein?": der DGSI und die gerichtliche Fiktion.

In der Welt des Strafrechts wird gemunkelt, dass der Inlandsgeheimdienst ein furchtbares Trauma aus dem Fiasko der sogenannten "Tarnac"-Affäre davongetragen hat. Das stimmt sicherlich nicht: Die Personalstärke hat sich sehr verändert und ihr Image aufpoliert, sogar bis in die radikale Linke hinein (dank radikalislamischer Anschläge und Quellen von Médiapart).

Wie dem auch sei, es gibt andere Störungen, deren Symptome im ganzen Justizsystem zu erkennen sind: Paranoia und Mythomanie. Wir hatten bereits ironisch festgestellt, wie ein "gutes Team" [franz. chouette team] - durch das Prisma eines Agenten der inneren Sicherheit unter politischem Druck - zu einem "Schieß-Team" [engl. shot team] werden kann. Diesmal haben wir einerseits ein Aufnahmegerät, das aufzeichnet, was Svink tut: "mit einem Hammer und einem Spatel in eine Schüssel klopfen" (wie er selbst darlegt). Und andererseits haben wir ein Beschattungsprotokoll, in dem behauptet wird, "eine Salve von Softair-Schüssen" zu hören. Ein weiterer abwegiger Bericht, der mal wieder Einiges über die Voreingenommenheit der Beamten aussagt.

Aber der Schwindel der Polizei erreicht erst seine ganze Tragweite, wenn er den Kopf eine*r Richter*in erreicht. Erst am Ende der Anhörung konnten wir begreifen, dass ein Angeklagter mehrere Stunden lang aufgefordert wurde, Kommentare zu erläutern, die er vor drei Jahren gar nicht gesagt hatte. Erst als ein Anwalt beantragte, die "Original"-Aufnahme der Abhörmaßnahmen abzuspielen, wurde deutlich, dass die Worte, die transkribiert²⁶ wurden, schlicht und ergreifend nie gesagt worden waren.

Der betreffende Auszug war der recht banale Satz: "Wir sollten uns gute Gewohnheiten aneignen." Der wurde umgewandelt in "Zielvorgaben entwickeln". Was denn diese Zielvorgaben seien,

fragte die Richterin feierlich. Was könnte sich hinter diesem Satz verbergen? Ganz einfach: nichts. Weder die Richterin noch die PNAT hielten es für nötig, ihre Quellen zu überprüfen. Ebenso wenig hatte sich die Richterin über das Gesetz über den Status von Pyrotechniker*innen informiert. Eine wahrliche Parodie, die sich einen ernststen Anstrich gibt.

Allerdings bleiben die Audio-Aufnahmen aus den Abhörungen das Rohmaterial dieses brisanten Falles. Weshalb die Verteidigung ja auch die Ladung der beiden produktivsten Agenten beantragt hatte. Auf Grundlage dieser Abschriften wurden Gutachten erstellt und schwere Anschuldigungen erhoben. Alles deutet darauf hin, dass diese Agenten selbst viele der Abschriften verfälscht haben.

Die Richterin jedoch war gewarnt.

Freispruch für alle Angeklagten von 8/12!

All December 8 defendants acquitted!

[übersetzt aus: soutien812.net (8th oct. 2023)]

8. bis 11. Tag

Waffenbesitz:

Obwohl es unterschiedliche Themen sind (was jede*r, der sich einmal selbst damit beschäftigt hat, sofort bestätigen kann), werden Softair, Jagdwaffen und Schützenverein im Prozess zusammengemanscht. Die Angeklagten bemühen sich nach Kräften, dem hohen Gericht den Unterschied zu erklären. Manche der Angeklagten haben Jagd- oder Sportwaffenlizenzen. Auch Libre Flot hat ganz offiziell eine beantragt, weil er sich für den Sport interessierte. Das zeugt nicht gerade von Geheimhaltungsstrategie. Auch hier wird wieder ständig seine angebliche Position als Anführer unterstellt. Das geht so weit, dass andere Angeklagte befragt werden, in welchem Sinne

03. - 27. OKTOBER 2023

er bestimmte Worte (zum Beispiel "arbeiten") genutzt habe und ob dies nicht Beweis für das existierende Projekt sein möge. Auch der Unterschied eines Airsoft-Rollenspiels (zu einer der zwei beanstandeten Gelegenheiten wurden nicht einmal Waffen-Replicas genutzt, sondern nur in Gruppen herumgelaufen) und "paramilitärischem Training", wird von der Staatsanwaltschaft in blinder Wut verneint. Wo es zuvor keine Gelegenheit gab, streuen sie zwanghaft Worte wie "Milizen", "Krieg", "Anschläge" und "bewaffneter Kampf" ein. Die Angeklagten halten dagegen.

Bedingungen im Gewahrsam:

Sie erwähnen während der Befragung auch immer wieder die Bedingungen im Gewahrsam. Ein Angeklagter berichtet, dass ihm im DGSI-Verhör vorgelogen wurde, sein Genosse sei "mit dem Finger am Abzug" verhaftet worden, kurz davor, jemanden umzubringen. Solche Lügen erschienen nicht im Protokoll (sog. "off the record"), führten aber dazu, dass manche im Verhör den Bezug zur Realität verloren. Einem anderen Angeklagten wurde im Gewahrsam vor der Vernehmung das Medikament Tramadol verabreicht. Unter den Nebenwirkungen dieses starken Opioids finden sich unter anderen Verwirrtheit, Beeinflussung der Wahrnehmung und verschwommene Sicht. Es einem Menschen vor der Befragung zu geben, ist eine chemische Methode, um ein Geständnis zu erwirken. Jemand anderem wird allen Ernstes vom Gericht angekreidet, er sei im Verhör

"auffallend entspannt" gewesen und dies sei notiert worden. Der Angeklagte betont, er sei im DGSI-Verhör noch im Knast keineswegs "entspannt" gewesen, sondern sehr gestresst. Er hatte aber zunächst über die Absurdität der Anschuldigungen zugegebenermaßen einmal lachen müssen.



Zeug*innen der Verteidigung:

Aktivismus:

Eine Zeugin stellt beispielhaft die Bandbreite dessen dar, was es heißt, die eigenen Ideale umzusetzen. Sie ist eine Weggefährtin Camilles und kennt sie durch gemeinsamen Aktivismus für den Feminismus - den Vorbereitungen für die feministischen Kampftage 8. März und den 25. November, der Beteiligung an der Gelbwesten-Bewegung, aus dem Komitee "Justice & Truth for Babacar"²⁷ und Projekten zur Unterstützung von Migrant*innen ohne Papiere. Aus diesem Beispiel eines Lebens im Aktivismus scheint ersichtlich zu werden, worauf dieser Prozess tatsächlich abzielt.

Sichere Kommunikation:

Jetzt sollen sie sich dafür rechtfertigen, dass sie Signal, Protonmail oder Linux nutzen. Ein Richter bezeichnet alles, was open source ist oder verschlüsselt operiert als ein "Diskretions-Arsenal". Einige der Angeklagten werden beschuldigt, ihre Passwörter nicht verraten zu haben und dafür jetzt neuerdings zur Rede gestellt. Sie begründen dies damit, dass sie den umfangreichen Eingriff in ihre Privatsphäre nicht befürworten und dies ihre einzige und letzte Chance war, ein Stückchen davon zu bewahren. Zudem um zu zeigen, dass sie mit dem gesamten Verlauf der Dinge nicht einverstanden sind. Passwörter mancher Datenträger konnten zwar trotzdem geknackt werden und die Angeklagten dürfen sich zum Inhalt von Broschüren äußern, zum Beispiel satirischen Geschichten oder Dokumenten, die anarchistische Prinzipien erklären. Beachte: manche blieben aber auch bis

heute gut verschlossen... (!) Auch tails bleibt nicht verschont: Angeklagte haben bei einem Workshop zu dessen Nutzung erklärt. Schon allein die Vermittlung dieses Wissens habe eine "Aura der Illegalität" an sich, schwatzen die Gerichtsbeamten. Die Fragen und Bezeichnungen, die hier dargeboten werden, bestätigen nur eins: Dass sichere Kommunikation tatsächlich sehr erforderlich sind!

Ein Jurist der netzpolitischen Organisation La Quadrature du Net bestätigt dies, indem er klarstellt, dass Verschlüsselung zum digitalen Alltag gehört und nichts mit illegalem Hokusfokus zu tun hat. Sie bietet Nutzer*innen des Internets einen Schutz gegen alle Arten von digitalen Bedrohungen. Mit sorgfältig vorbereiteten Argumenten entzieht er die Erzählungen des DGSI über digitale Sicherheit den Boden. Da hat die vorsitzende Richterin aber was dagegen, schneidet ihm öfter das Wort ab und verbittet sich das Wort "Kriminalisierung" in seinem Vortrag. Eine Beisitzerin droht ihm gar mit juristischen Schritten, da er angeblich in seiner Präsentation Auszüge aus den Akten zitiert habe und dies sei rechtlich nicht zulässig. Die Verteidigung ruft daraufhin die Veröffentlichung aller möglichen privaten Informationen über die Angeklagten in der Schundpresse in Erinnerung, die für die "Journalist*innen" auch folgenlos blieben. Da kann der Zeuge ganz entspannt bleiben.



Auswirkungen der Isolationshaft:

Ein Zeuge der Organisation ACAT²⁸ listet die physischen und psychologischen Symptome der Isolationshaft auf und beleuchtet, in welchem Zustand sich Libre Flot während der Verhöre durch den Untersuchungsrichter befand.

13. Tag

“Das Projekt” – Haftbedingungen – Auflagen:

Die letzte Anhörung vor den Abschlussreden der PNAT am folgenden Tag. Es soll innerhalb eines einzigen Verhandlungstages das angebliche Projekt abgehandelt werden. Die Behauptung, dass es eins gäbe, war immerhin Begründung und Rechtfertigung für diesen Fall und alle darin genehmigten Maßnahmen. Die Staatsanwaltschaft stützt sich auf abgehörte Gespräche und gefundene Broschüren. Die Verteidigung entgegnet, dass Gespräche, die einen Meinungsaustausch beinhalten nicht verboten sind, ebensowenig wie Texte zu lesen. Obwohl viele der angeblich gefährlichen Broschüren von den Angeklagten nicht einmal geöffnet worden waren, sondern nur in Materialsammlungen auf Datenträgern schlummerten, wie sie üblicherweise herumgereicht werden. Doch die Staatsanwaltschaft müht sich, die Geschichte des DGSI glaubhaft zu machen und nutzt dafür folgende krude Argumentation: In einem Text wird etwas erwähnt, beispielsweise "horizontale Organisation", das die Angeklagten ebenfalls vertreten. Daraus ließe sich dann schlussfolgern, dass alle weiteren im Text beschriebenen Handlungen auch von den Angeklagten eins zu eins genau so angestrebt würden. Ihnen wird somit abgesprochen, in der Lage zu sein, sich von Aussagen im ihr eigenes Bild machen und diese kritisch hinterfragen zu können.

Das Thema der Haftbedingungen will die Richterin ganz schnell über die Bühne bringen, was aber von der Verteidigung verhindert werden kann. Die Angeklagten bezeichnen diese Zeit als die "schlimmste Erfahrung ihres Lebens" und beschreiben nochmals, wie übermäßige Leibesvisitationen vorgenommen wurden. Manchmal gab es

03.-27. OKTOBER 2023

keinen Grund als dass sie als "Versuchstiere" für neues Knastpersonal erhalten mussten. Sie berichten von ekelhaften Zellen mit Kakerlaken und Bettwanzen, dem psychischen Druck vonseiten der Aufseher und Isolationsbedingungen, in denen es keinen Zugang zu Aktivitäten für andere Gefangene gab und die Gesundheitsversorgung kaum gewährleistet war. Das Gericht weist die Verantwortung für all dies zurück und schiebt sie der Gefängnisleitung zu. Schuld sind immer die anderen - obwohl natürlich die Institutionen der Justiz Hand in Hand arbeiten.

Die Auflagen wurden von allen eingehalten. Es gilt Arbeitszwang, wobei allerdings nur ganz bestimmte - schlecht bezahlte - Jobs wie auf dem Acker oder in der Fabrik anerkannt wurden.

Reisen sind verboten, ebenso wie politische Betätigung in Form der Teilnahme an Demos. Die Angeklagten leben unter dem Druck der Auflagen und in ständiger Angst, beim geringfügigsten Versäumnis wieder einzufahren.



14. Tag

Plädoyer der PNAT:

Die Staatsanwaltschaft leitet ihr Abschlussplädoyer feierlich mit einem Zitat der Verschwörung der Feuerzellen²⁹ ein: "Wir wollen die Zivilisation, den Wundbrand der persönlichen Beziehungen, zerstören." Wo ist der Zusammenhang? Der Text kommt angeblich aus Griechenland, auch manche der Angeklagten waren schonmal in Griechenland. Dann wird der Fall auf alle möglichen bewaffneten

03.-27. OKTOBER 2023

Kämpfe in Europa bezogen, erwähnt werden die NAPAP, RAF und Action directe. Die zweite Staatsanwältin gibt offen zu, dass es keine konkreten Pläne für gewalttätige Aktionen gab. Das hält sie aber nicht davon ab, zu behaupten, es läge hier eine "terroristische Unternehmung zur gravierenden Störung der öffentlichen Ordnung" vor. Sie bejammert, dass sich die Angeklagten leider gar nicht reumütig gezeigt hätten und den Anschein machten, wohl kein Vertrauen in Justiz und Polizei zu haben. Stattdessen würden sie diese gar unablässig hinterfragen! Die Anwält*innen werden mit ihren MandantInnen gleichgesetzt und statt als Rechtsbeistand werden sie als deren Kompliz*innen dargestellt. Solche Behauptungen sind bisher zu verschiedenen Gelegenheiten aus der rechten Ecke³⁰ bekannt und haben zum Ziel, die "Ultra-Linke" als eine historische Gefahr zu beschreiben. Es ist offensichtlich, dass die Anklage als solche nur aufrechterhalten werden kann, wenn auf der Sage einer Anführerfigur beharrt wird. Also wird diese im Abschlussplädoyer nochmal ordentlich angeheizt, was sich dann auch in den geforderten Strafen niederschlägt. Trotz hoher Forderungen für alle Angeklagten, müsse demnach "nur" Libre Flot zurück in den Knast.

Diese
lauten

Für alle:	<ul style="list-style-type: none">• Aufnahme in FIJAIT (Kartei terroristischer Straftäter)• 10 Jahre Waffenverbot
L:	<ul style="list-style-type: none">• <u>2 Jahre</u>, ausgesetzt
M:	<ul style="list-style-type: none">• <u>3 Jahre</u>, einschließlich 2 Jahre Strafaussetzung
C:	<ul style="list-style-type: none">• <u>3 Jahre</u>, einschließlich 3 Jahre Bewährung
B:	<ul style="list-style-type: none">• <u>3 Jahre</u> einschließlich 3 Jahre Bewährung
W:	<ul style="list-style-type: none">• <u>4 Jahre</u>, einschließlich 3 Jahre Bewährung
S:	<ul style="list-style-type: none">• <u>5 Jahre</u>, einschließlich 3 Jahre Bewährung
F:	<ul style="list-style-type: none">• <u>6 Jahre</u> mit verzögertem Einweisungs-Befehl

30 Beispiel: in

einem Prozess zu Bure die Anwält*innen als Teil einer vermeintlichen "kriminellen Vereinigung" dargestellt, vgl. hierzu <https://solidaritytodecember8.wordpress.com/2023/10/19/8-12-defendants-warn-of-dangerous-shift-in-counter-terrorism-policy/>

[Zusammenfassung von Paris-luttes.info:]

Die letzten beiden Verhandlungstage sind für die Plädoyers der Verteidigung bestimmt. Entgegen den Ankündigungen zu Beginn des Prozesses, wird das Urteil nicht am Freitagabend verkündet werden, sondern zu einem späteren Zeitpunkt. Wann genau, werden wir wohl am Freitag erfahren³¹, dem letzten Prozesstag. An diesem Donnerstag sind L.s, M.s, C.s und W.s Anwält*innen anwesend.

Die erste Anwältin verdeutlicht einleitend, dass alle so wie sie sind in diesen Prozess kommen - mit ihren verschiedenen Rucksäcken, wie sie es nennt. Sie selbst, ihr Mandant, die anderen Angeklagten, alle. Alle kamen wie sie waren, haben sich vorgestellt und die Fragen beantwortet, so gut sie konnten und entsprechend ihrer eigenen Persönlichkeit. Das Wesentliche der Akte und der Verteidigung ist: es gab keine gewalttätigen Aktionen, nur Freundschaft und Solidarität, es gibt keine kriminelle terroristische Vereinigung (Association de Malfaiteurs, AMT).

DGSI und die PNAT wollten eine Geschichte erschaffen, aber um diese Geschichte genauer auszuführen und zu belegen, war niemand da: Dass die Ermittler erscheinen, um auszusagen und die Schritte der Ermittlung darzulegen, haben sie abgelehnt. 2 bis 3 Jahre lang wurden diese Menschen abgehört, ohne dass konkrete Ergebnisse dabei herausgekommen wären, die sich veranschaulichen ließen. Gewiss, Indizien die ein Vorhaben für gewalttätige Aktionen bestätigt hätten, gab es in der Folge keine. Aber die PNAT ist so überlastet, dass ihnen aufs Wort geglaubt werden muss. Es besteht keinerlei Zweifel, dass sie Leben retten, denn sie sind "Superman am Tag, Batman in der Nacht".

Als die Angeklagten festgenommen wurden, prahlte Darmanin, einen drohenden Anschlag der Ultralinken vereitelt zu haben. Die Anwältin ruft in Erinnerung, dass sowohl während der Ermittlungen, als auch dieses Prozesses eingeräumt wurde, dass es nichts Drohendes gab und kein Anschlag vereitelt wurde - da sind sich alle einig.

Alle Anwält*innen der einzelnen Angeklagten erörtern, inwiefern keine terroristische Gruppe (AMT) besteht und anhand der Beweislage erkennbar schon gar nicht für die Person, die sie verteidigen. "Es gibt ein Gebilde in der Mitte, die materiellen Elemente (Softair-Spiele, Anfertigung von Feuerwerkskörpern, Waffenbesitz), aber keinen Anfang und kein Ende. Es gibt keine Gruppe, kein Projekt, keine Zielstellungen". Ferner ist es notwendig, eine terroristische oder zumindest selbst gewählte Aktion und Absicht der Einzelnen nachzuweisen. Wenn der Schwarze Block als terroristisch eingeschätzt wird, hat die PNAT eine strahlende Zukunft vor sich, ebenso wie jedes ACAB-tag auf dem Kneipenklo.

Worte über das Ende der Welt, über Autarkie und Beleidigungen der Polizei strömten aus den Abhöranlagen und sollen aufzeigen, dass diese GenossInnen gefährlich seien. Wir müssen uns diese Zeit in Erinnerung rufen: nach einem Jahr Gelbwesten, einer Rentenreform, dem Mord an George Floyd, Lockdown, vom Gesetz der Globalen Sicherheit... Viele Menschen haben dasselbe gesagt.

In Bezug auf das so oft zitierte Abhörmaterial wird nochmal klargestellt, dass es üblich ist, beim Softair-Spiel den Gegner "den Feind" zu nennen. Das ist also der Zusammenhang, in dem dieses Wort zu hören ist. Es muss sich nicht zwangsweise auf den vermeintlichen inneren Feind beziehen: Die Polizei. Dazu kommt noch, dass der Versuch eines zweitägigen Softair-Spiels, das nicht einmal ganz zustande kam, weil es an Ausrüstung für alle Beteiligten fehlte, wohl

kaum als paramilitärisches Training bezeichnet werden kann. Wenn es tatsächlich ein Training hätte sein sollen, dann wäre das in viel größerem Umfang geschehen - und auf den Audio-Aufnahmen auch zu hören gewesen.

Wie kann es als vorsätzliche Absicht zur Sprengstoffherstellung betrachtet werden, wo es um Feuerwerkskörper ging. Als der Vorrat an Feuerwerkskörpern aufgebraucht war (und die Geschäfte geschlossen wegen des Lockdowns), wurde eben das genutzt, was sie grad da hatten. Das fehlende Wasserstoffperoxid bestellten sie im Internet mit der eigenen Kreditkarte, schauten das Rezept im Internet nach und all das bei sich zuhause, ohne spezielle Vorkehrungen.

In diesem Fall gibt es keinerlei Beweise, keinerlei Zusammenhang mit irgendeiner gewalttätigen Aktion. Das von der PNAT geforderte Urteil ist eine Verleumdung. Obwohl sie keine Gefahr für niemanden sind, wurde gefordert, sie in die Strafdatei FIJAIT aufzunehmen. Das bedeutet Auflagen für 20 Jahre, unter anderem jede Auslandsreise und jede Adressänderung im Voraus zu beantragen.

Indem sie nochmals die Tatsachen wiederholen, die in den letzten Wochen ans Licht gekommen sind, veranschaulichen die Anwält*innen, dass der Zeitvertreib der Angeklagten nichts mit einem potentiellen "Projekt" zu tun hat. Somit liegt weder ein tatsächlicher noch vorsätzlicher Tatbestand vor. Auch die angebliche Klandestinität existiert nicht: Alle Einkäufe, Verwaltungsfragen (z. B. für Jagdlizenzen) und Reisen wurden auf den eigenen Namen getätigt.

Geständnisse, die im Polizeigewahrsam gemacht wurden, werden wegen ihrer problematischen Umstände angezweifelt. Es gab währenddessen "technische Pausen", die nicht im Protokoll auftauchen und auch nicht, was sie beinhalteten. Dennoch ist deutlich sichtbar, dass die Antworten vor und nach diesen Pausen nicht zusammenhängend sind.

Dann stellt sich noch die Frage des Bewährungsaufschubs. Warum?

Welche Notwendigkeit besteht? Das PNAT gab dafür keine Begründung. Alle hielten sich strikt an ihre richterlichen Auflagen.

Für den letzten Tag waren die noch ausstehenden Plädoyers von B.s, S.s und F.s Anwält*innen vorgesehen. An diesem Tag versammelten sich etwa 200 Unterstützer*innen der Angeklagten um 11 Uhr morgens auf dem Vorplatz des Gerichts. Auf der Kundgebung wurden von verschiedenen Gruppen Redebeiträge gehalten: Unter anderen sprach die Soli-Gruppen der Angeklagten von 8/12, Soli-Gruppen anderer Anti-Terror-Fälle, Verwandte der Angeklagten, feministische Kollektive und das Réseau d'Entraide Justice et Vérité³². Unvermeidlich war der Gerichtssaal brechend voll, gut 50 Menschen fanden keinen Platz mehr, aber ließen es sich dennoch nicht nehmen, vor der Tür die Stellung zu halten.

Plädoyers

Die Anwält*innen wiesen darauf hin, dass die Angeklagten das gesamte Verfahren als sehr gewaltsam erlebt haben. Nun an dessen Ende stoßen wir nur auf ein Gespenst des ultra-linken Terrorismus. Aber: wieso? Wie sollen das TerroristInnen sein? Wo ist der Plan? Wo die Absicht? Als die Ermittler im Mai 2020 die Tatsachen betrachteten, konnte ein Projekt nicht ganz ausgeschlossen werden. Aber später, während der gesamten Überwachung, konnten die Ermittler sicherlich ganz klar erkennen, dass nicht daran gedacht wurde, diese vermeintlich problematischen Handlungen weiterzuführen. Wir verhaften sie mal noch nicht, weil wir nicht das Gefühl haben, dass sie sowas Gefährliches machen. Es wird abgewartet. Einem von ihnen wird monatelang eine Zulassung verweigert, höchstwahrscheinlich weil er beobachtet wird. Doch plötzlich bekommt er auf ganz magische Weise doch noch die Zulassung, wohl in der Hoffnung, dass sie die Ermittlungen voranbringen würde. Doch schade, so ist es

nicht. Er tut mit der Zulassung nichts weiter als sie auf die gewöhnliche Art anzuwenden. Wir sehen also, dass gar kein Projekt besteht, aber wir verhaften sie dennoch, denn im Mai 2020 gab es ja diese ganz ganz gefährlichen Tatsachen.

Sie haben keine Mühen gescheut, um darzulegen, dass es kein Projekt und keine kriminelle terroristische Vereinigung gab. Dass Softair-Spiele kein paramilitärisches Training sind. Dass die Angeklagten nicht von einem charismatischen Anführer dazu angeregt wurden, sich zu bewaffnen und ihre Jagdlizenzen sogar schon hatten, bevor sie diesen sogenannten Anführer überhaupt getroffen haben. Schlussendlich dass, nein, F. nicht nach Rojava gegangen ist, um bei seiner Rückkehr den bewaffneten Kampf mitzubringen. Das war die reine Fantasie des DGSI.

Wie schon am Vortag wird nochmal verdeutlicht, dass ein Angeklagter einräumt, Sprengstoff hergestellt zu haben (den sie immer "Feuerwerk" genannt haben, aber da Feuerwerk explodiert, wird das von der Justiz gewählte Wort "Sprengstoff" lauten). Ein anderer gibt zu, dass Softair gespielt wurde. Jedoch weisen sie die Erzählungen zurück, die um diese Handlungen herum gestrickt werden. Es gibt keine Recherchen, kein benanntes oder angenommenes Ziel.

Sie zeigen Fehler und Verzerrungen in der Ermittlung anhand einiger Beispiele auf. Es gab ein handgeschriebenes Notizbuch mit Beschreibungen zu paramilitärischem Training. Aber wie sich herausstellte, gehörte das Notizbuch einem Polizisten, der es bei der Hausdurchsuchung dabei hatte. Oder dass ein Experte behauptete, er hätte in Europa noch niemals von diesem Sprengstoff-Rezept gehört, während ein Blick auf youtube ausreicht, um herauszufinden, dass es in allen Gegenden Frankreichs verwendet wird. Auch wurde gesagt, dass dieses Rezept ein sehr kompliziertes sei, wo doch in Wahrheit der Grundstoff für die Feuerwerkskörper in einer Bandbreite von Bedingungen explodieren kann - und dass auch, ohne dass das Rezept richtig angewendet wird.

Oder dass, anarchistische Broschüren zu besitzen, jemanden zum Terroristen macht.

Die Ermittlungen wurden ausschließlich für die Anklage durchgeführt, was in einem ungerechten Prozess gipfelte. Sie gaben zu bedenken, dass sämtliche Anträge der Verteidigung (Zugang zu den Videos im Polizeigewahrsam, zu den Audio-Aufnahmen, Festplatten usw.) noch während der Ermittlungen wie auch in der Anhörung abgelehnt wurden. Und die Fragen der Richter*innen hatten den Eindruck erweckt, ihr Zweck bestünde darin, die Konstruktion des DGSI zu untermauern. Bestimmte Beweismittel befinden sich nicht in der Akte, darunter 99% der Abhörprotokolle. Es sind auch Dokumente verschwunden, obwohl sie sich in den Händen der Ermittler befanden. Wie eine der Anwält*innen es ausdrückte: "Es ist schwer, die Leere [der Ermittlungen] anzufechten".

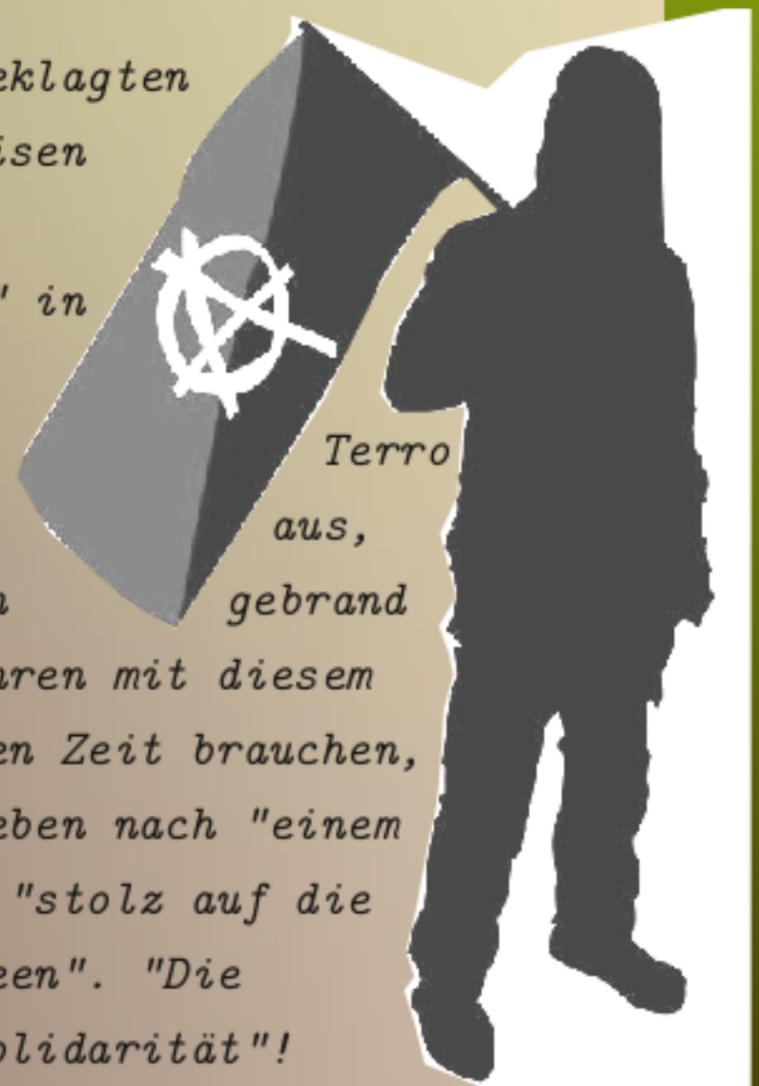
Die Verteidigung sprach über die Bedeutung der Begriffe "Terrorist" und "ultra-links": ersterer ist ein Begriff, der von Regierungen benutzt wird, um einen Feind zu kennzeichnen, mit dem kein Dialog geschehen kann (währenddessen können ihm Rechte aberkannt werden). Zu letzterem gibt es zwar keine genaue Definition, aber der Begriff ist ein Anzeichen dafür, dass die Angeklagten für ihre politischen Ansichten vor Gericht stehen. Die Angeklagten haben politische Ansichten, aber es gab weder Bedrohung noch Terror - was in einer kriminellen terroristischen Vereinigung doch vorkommen sollte.

In den Plädoyers wird auch nochmal auf die Haftbedingungen eingegangen, besonders auf die 16 Monate Isolationshaft, in der sich Libre Flot befand und seinen 43-tägigen Hungerstreik, um freizukommen. Alle Anwält*innen beantragen den Freispruch vom Vorwurf der terroristischen Vereinigung. Sie fordern: Sollten die Angeklagten für die von ihnen eingeräumten Vergehen (illegaler Waffenbesitz, Herstellung

von Sprengstoff, Weigerung, die Passwörter herauszugeben) verurteilt werden, dann sollten sie gleichermaßen als nicht-terroristisch eingestuft werden. Damit einhergehen würde, dass kein Waffenverbot verhängt und kein bleibender Eintrag in das Strafregister vorgenommen wird. Somit würde der Schießsport und Beschäftigung mit Pyrotechnik nicht beeinträchtigt werden. Eine weitere Forderung lautet, dass die Angeklagten nicht in die FIJAIT aufgenommen werden. In Anbetracht der (schlecht verlebten) letzten drei Jahre sollten die Strafen zudem so angelegt sein, dass kein Risiko einer Rückkehr ins Gefängnis besteht.

Reden der Angeklagten

Abschließend ergriffen nochmals die Angeklagten einer nach dem anderen das Wort. Sie weisen nochmals darauf hin, dass dieses "unverhältnismäßige Unwetter der Justiz" in den letzten drei Jahren ihr Leben zerstört hat und dass sie keine TerroristInnen sind. Sie drücken ihre Sorge aus, verurteilt zu werden, als TerroristInnen gebrandmarkt zu werden und in den kommenden Jahren mit diesem Stempel herumlaufen zu müssen. Sie werden Zeit brauchen, um ihr Leben wieder aufzubauen. Sie streben nach "einem gemeinsamen Leben in Harmonie" und sind "stolz auf die geführten Kämpfe und die vertretenen Ideen". "Die Zukunft ist nicht die Gewalt, sondern Solidarität"! Den Tadeln der Vorsitzenden zum Trotz, applaudierte das Publikum jeder einzelnen Rede. Zum Abschluss wurde "LIBERTÉ! LIBERTÉ!" gerufen.



**DIE VERKÜNDUNG DES URTEILS WURDE FÜR
FREITAG, DEN 22. DEZEMBER
UM 10 UHR
ANGESETZT!**

EIN GEDICHT VON MANU (Angeklagter)...

Merci à toi qui
vient de loin, qui parfois a dû frauder l'train
Merci à vous les « écrivains », tant d'articles, billets,
chroniques ça fait du bien
Et merci à toutes les cuistots, midi, soir et à
toutes les pauses
Merci à toutes les dessinateurs, vos coups d'crayons
réchauffent le cœur
Merci à vous les agitées, ça riffe, grogne, pour les faire
viller
Merci à toutes les musiciens, concert, freestyles, on
vous entend d'loin
Merci à toutes les créateurs d'Sanseroles, aux
graffeurs et les casseurs
Merci aux journaux qui nous soutiennent, pour que le
grand public comprenne
Et merci à toi L'Envolée, qui brise les chaînes d'toutes
les enfermées
Merci, Amour à toutes les familles, les amies et les
anonymes
Depuis l'début personne n'a lâché, la répression c'est pas
qu'pour les inculpées
Et merci à toutes pour vos sourires, câlins, forces, vos
bras, vos rires
Spéciale dédicace aux procès-horreurs, greffière, juge et
assesseures
Vot' fantôme est d'venu réalité, on a tissé des liens
d'amitié
Merci à vous autres d'votre solidarité, sans ça on aura
d'jà toutes villé
Et pour pour les squats et l'hospitalité, les potes c'est
mieux que Levallois-Perret
Bref tellement un grand merci à toutes, et histoire
qu'il n'y ai plus de doutes
On vous l'renvoie aussi, recevez le bien, ce B d'amour dans
un cercle de liens

Pardon pour ceux que j'ai zappé,
Merci à vous, merci à toi, on se sent armées -euh...
AIMÉES!

[Übersetzung des Gedichts...]

Danke an euch, die ihr von so weit her gekommen seid, die
manchmal schwarzfahren mussten

Danke an all die "Schriftsteller*innen", so viele Artikel,
Beiträge und Kolumnen, das gibt ein gutes Gefühl.

Und danke an all die Köch*innen, für das Mittagessen, Abendessen
und die Pausen

Danke an all die Zeichner*innen, eure Stifte wärmen das Herz.

Danke an all die Aufrührer*innen, eure Pfiffe und euer Knurren
hat sie irritiert

Danke an all die Musiker*innen, Konzerte und Improvisationen, wir
können euch von Ferne hören.

Danke an alle Transpi-Maler*innen, Graffiti-Künstler*innen und
Randalierer*innen.

Danke an die Zeitungen, die uns unterstützen, damit die
Öffentlichkeit versteht

Und danke an euch, L'Envolée³³, dafür dass ihr die Ketten der
Eingesperrten gesprengt habt.

Danke und Liebe an all die Familien, Freund*innen und Menschen,
die anonym geblieben sind

Von Anfang an hat niemand aufgegeben, Repression trifft nicht nur
die Angeklagten

Und danke für euer Lächeln, die Umarmungen, Stärke, eure Hände
und euer Lachen.

Besondere Widmung an die Staatsanwält*innen, Protokollant*Innen,
die RichterIn und die Beisitzer*innen:

Eure Fantasien haben sich bewahrheitet, wir haben Freundschaften
geschlossen

Danke an alle anderen für eure Solidarität, ohne die wir alle
verrückt geworden wären

Und an die Hausprojekte und die Gastfreundschaft, Genoss*innen
sind besser als Levallois-Perret

Kurz gesagt, vielen Dank an euch alle, und damit keine Zweifel

bleiben

*Wir geben es an euch zurück, nehmt es gut in Empfang, dieses A
der Liebe in einem Kreis der Verbindungen*

Verzeihung an diejenigen, die nicht genannt wurden.

Danke an euch, danke an dich, wir fühlen uns bewaffnet... äh...

GELIEBT!³⁴

KOMMUNIQUÉ DES KOMITEES AUS TOULOUSE

*Im Zentrum der Anklage stehen drei Orte des Kampfes, der
Emanzipation und der Auseinandersetzung: Die ZAD, Rojava und die
Pum-Besetzung in Toulouse.*

*Als erstes zur ZAD, dem ökologischen Kampf, in dem Punks und
Hippies zusammenkamen und 2014 versuchten, das Damm-Projekt in
der Tarn-Region gemeinsam aufzuhalten. "Das sind sowohl die
besten als auch die schlimmsten Erinnerungen meines Lebens", sagt
ein Angeklagter. Wo wir bei der Besetzung eines Waldes eine
Widerstandsform entdeckten, um es in den Raum unserer Utopie zu
verwandeln, da haben wir auch die demütigende Autorität des
Staates entdeckt. Er zögert nicht, auszulöschen, zu zerstören und
einen Wald, ein Gebiet voller Leben und Artenvielfalt illegal
auszutrocknen, um ein idiotisches Vorhaben im Sinne der
Landwirtschaftsindustrie durchzusetzen. Wir haben Verwüstung und
Tod durch die Gewalt der Sicherheitstruppen gesehen, die uns um
jeden Preis vertreiben wollten:*

*Durchsuchungen, Erniedrigungen, Verletzungen und letzten Endes
der Tod eines jungen Demonstranten in der Nacht des 25. Oktobers.
Wir haben immer noch nicht genug Worte, um euch alles darüber zu
erzählen.*

*Die Staatsanwaltschaft redet über die jüngste Form ultra-linker
Gewalt. Wir erinnern uns an die Nachmittage, in denen wir uns am
Bau von Baumhäusern versuchten, in denen wir uns alle möglichen*

verrückten Taktiken ausdachten, um die Bauarbeiten zu verlangsamen. Und vor allem die endlosen Diskussionen zwischen Veganer*innen, Tierzüchter*innen, Naturalist*innen, Bürgerrechtler*innen, Hausbesetzer*innen, Feminist*innen und Party-Tieren - Kurz gesagt, eine Erfahrung direkter Demokratie, wo wir uns entfalten und in einem Kampf zusammenwachsen. Es war auch keine sagenhafte Erfahrung, mir möchten nicht, dass ihr denkt, es war wie im Paradies. Aber für diejenigen von uns, die geblieben sind, hat es einen so tiefen Eindruck hinterlassen, dass wir die Verbindungen, die wir dort aufgebaut haben, immer noch stark spüren und wir uns bis heute vereint fühlen. Wir könnten uns beinahe bei der PNAT dafür bedanken, dass sie uns 9 Jahre später wieder zusammengeführt hat. Aber wir werden nicht vergessen: als wir damals gejagt wurden oder als unsere Wohnwagen zertrümmert wurden, da wurde uns schon gesagt, wir seien Terrorist*innen. Und Repression verbraucht und schadet uns.

Dann zu Rojava, einem Gebiet, das sich heute in Nordost-Syrien erstreckt. Dort wohnen kurdische, arabische, turkmenische und weitere Menschen. Während es seit 2014 bekannte Kampfzone gegen den Islamischen Staat ist, ist es gleichzeitig auch das Testfeld für den Demokratischen Konföderalismus - ein alternatives staatenloses System. Die Ideen dafür kommen von PKK-Gründer Abdullah Öcalan. Ihr erinnert auch, seit 1999 wird Öcalan vom türkischen Staat in Isolationshaft gehalten und hat dennoch jahrzehntelang für die Anerkennung der kurdischen Kultur, Sprache und Existenzrecht gekämpft. Tausende von politischen Gefangenen in der Türkei (Bürgermeister, Abgeordnete,



Lehrer*innen, Menschenrechtler*innen, Journalist*innen usw.) stehen für dieselben Werte.

Die PKK ist keine Terrororganisation, wie der türkische Staat uns glauben machen will. Auch die PNAT will uns dies aufzischen, ohne allerdings den Hintergrund und die tausenden Opfer der türkischen Diktatur zu erwähnen. Es ist ein NATO-Staat, der nie aufhört, Kurd*innen zu durchsuchen, zu foltern, einzusperren, umzubringen und zu bombardieren - in der Türkei, aber auch in Nordost-Syrien und in Europa

In Rojava ist der Versuch dieses politischen Systems eng mit der Vielschichtigkeit des Gebiets verwoben: unabhängig von Religion oder Kultur zusammen leben zu können; eine respektvolle Wirtschaft zu entwickeln, die auf Solidarität basiert; Frauen dieselben Rechte zuzugestehen, wie Männern; allen Menschen die Gelegenheit zur Selbstverteidigung zu geben; jungen Menschen zuzuhören; ökologische und demokratische Grundlagen; ausgleichende Justiz, sowohl im zivilen wie auch im militärischen Bereich.

Zum Schluss zum Pum-Haus, wo zwei Angeklagte am 8. Dezember 2020 verhaftet wurden und über das gesagt wird, es sein ein Treffpunkt von gewalttätigen Ultra-Linken. Eine riesige Besetzung mit Hallen von einem Hektar Größe eröffnete kurz vor Corona-Lockdowns und hielt sich dort für 3 Jahre. Diese Stadt befindet sich auf einem erzwungenen Marsch in Richtung Gentrifizierung und wird von den Bestrebungen eines Bürgermeisters im Dienste der Rüstungs- und Luftfahrtindustrie entstellt. Für tausende arme Menschen ist das Wohnen unerschwinglich.

Einen besetzten Lebensraum von den anti-Besetzungs-Milizen, Journalist*innen und Bullen fernzuhalten, ist im Toulouse heutiger Tage keine geringe Aufgabe.

In der Pum konnten wir viele Sachen beherbergen, ausprobieren, organisieren und teilen, ohne zu genervt zu sein - bis zum 8. Dezember 2020. Nachdem unsere FreundInnen eingesperrt worden



waren, hatten wir keine andere Wahl als uns zusammenzuschließen und einander zu unterstützen. Inmitten dieses Durcheinanders machten wir weiter mit dem, woran wir glaubten. Wir wollten uns nicht von der Repression aufhalten lassen, wir setzten alle Hebel in Bewegung und haben uns dabei etwas überanstrengt. Und Herr Staatsanwalt und Frau Richterin, es war etwas mehr als "für alles offene

Aktivitäten" oder "Workshops". Wir versuchten, politische Werte und Arbeitsweisen miteinander zu teilen. Wir hinterfragten unsere Beziehungen, die von systematischer Unterdrückung geprägt sind, wir empfingen offen und eigneten uns gleichzeitig radikale politische Werte an, wir versuchten, Selbstverwaltung aufzubauen, wir setzten Solidarität in die Tat um.

Wir werden nicht lügen, es gab ein paar Widersprüche. Wir feierten etwas zu gerne und manchmal war es auch ein bisschen dreckig. Aber was übrig bleibt und uns niemand mehr nehmen kann, obwohl es die Psm nicht mehr gibt, sind die Verbindungen die einmal mehr so stark sind, dass wie uns weiterhin vereinen und zusammenbringen.

Es ist diese kraftvolle Solidarität, die, was auch immer die Staatsanwaltschaft dazu sagen würde, keine leere Parole ist, sondern eine politische und menschliche Kraft. Zurab und Abdel kommen uns in den Sinn. Es geht auch um das Gefühl, dass es möglich ist, in einer Welt, die uns unterdrückt, unsere Autonomie und unseren Widerstand zu leben.

REDE DER MÜTTER DER ANGEKLAGTEN

Wir, die Mütter der Betroffenen vom 8. Dezember, kannten uns nicht. Aber wir sind alle in denselben Strudel geraten und möchten uns zu Wort melden.

Sie waren in allen vier Himmelsrichtungen in Frankreich verstreut, sie kannten einander nicht alle. Dennoch wurden sie wegen "terroristischer, krimineller Verschwörung" angeklagt:

Die Angeklagten des 8. Dezember.

*Die Lebensentscheidungen unserer Kinder, mögen sie sich auch von unseren unterscheiden, werden von humanistischen, altruistischen und solidarischen Werten geformt (Unterstützung für Migrant*innen, Obdachlose, Menschen mit Behinderung, Tierschutz, Naturschutz...) Den Werten, die wir ihnen mitgegeben haben.*

Diese Werte haben sie dazu geführt, sich für die Umwelt, für leidtragende oder verfolgte Menschen einzusetzen.

Der 8. Dezember 2020 war für uns alle eine Katastrophe. Seitdem ist unser Leben aus den Fugen geraten und wurde abgeschnürt. Das hat uns zusammengeführt, unsere Fassungslosigkeit, unser Unverständnis und unsere Wunden zu teilen, um einander zu unterstützen.

Es wurde zu unserem Hauptanliegen, unsere Kinder in dieser Tortur zu unterstützen. Wir verurteilen die Art und Weise, in der sie dargestellt wurden, insbesondere die Behauptung, dass sie terroristische Absichten hätten oder anderen Schaden zufügen wollten.

Diese Tortur hat uns mit einem besseren Verständnis für das Engagement unserer Kinder ausgestattet und unser Vertrauen in sie bleibt unversehrt.

[aus: <https://soutien812.blackblogs.org>]

Abkürzungsverzeichnis:

CCIF	Collectif contre l'islamophobie en France – Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich
CGT	Confédération Générale du Travail = Allgemeiner Gewerkschaftsbund
CNCDH	Commission nationale consultative des droits de l'homme = nach französischem Recht einer unabhängigen Verwaltungsbehörde gleichgestellt, die öffentliche Entscheidungsträger in Fragen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts berät und die internationalen Verpflichtungen Frankreichs in diesen Bereichen überwacht.
CRA	centres de rétention administrative = Abschiebeknast
DDD	Franz. Défenseur des droits = Eine weitere unabhängige Verwaltungsbehörde, deren Aufgabe es ist, die Rechte der Bürger*innen gegenüber den Behörden zu verteidigen sowie die Förderung der Rechte des Kindes, Bekämpfung von Diskriminierungen, Einhaltung der Berufsethik bei Sicherheitsaktivitäten sowie der Schutz von Whistleblowern.
DGSI	Direction générale de la sécurité intérieure = "Generaldirektion für innere Sicherheit" → französischer Geheimdienst
DPS	détenu-e particulièrement signalé = Häftling unter Sonderbedingungen
FIJAIT	Fichier Judiciaire Automatisé des auteurs d'Infractions Terroristes = automatisierte "Strafdateien über terroristische Vergehen"
GAO	Groupe d'appui opérationnel = Operationelle Unterstützungstruppe → Spezialeinheiten des DGSI
LSG	= Gesetz der Globalen Sicherheit
PASP	Prévention des Atteintes à la Sécurité Publique = Verordnung zur öffentlichen Sicherheitsprävention
PNAT	parquet national antiterroriste = "Nationale Staatsanwaltschaft für Terrorismusbekämpfung", gegründet 2019 mit Sitz in Paris.
RAID	Abkürzung für franz. Recherche, Assistance, Intervention, Dissuasion = Suche, Unterstützung, Intervention, Abschreckung → Anti-Terror- Spezialeinheiten
SDAT	sous-direction anti-terroriste = Anti-Terror Unter-Direktorat, angeblich vom DGSI getrennt (aber im selbe Gebäude sitzender) Justizpolizeidienst, untersteht dem Innenministerium und Zentraldirektion der Justizpolizei
SPIP	Service pénitentiaire d'insertion et de probation = Teil der französischen Strafvollzugsverwaltung, die Menschen im offenen sowie im geschlossenen Vollzug kontrollieren soll
ZAD	Zones à défendre = militante Besetzungen in Städten oder Wäldern

